



Stadt Zürich
Polizeidepartement

Strategischer Plan des Polizeidepartements

2011 – 2015



Stadt Zürich
Polizeidepartement

Strategischer Plan des Polizeidepartements

2011 – 2015

Vorwort des Departementsvorstehers	10
1 Das Polizeidepartement	15
1.1 Organisation	15
1.2 Aufgaben	15
1.2.1 Departement	15
1.2.2 Departementssekretariat	16
1.2.3 Stadtpolizei	17
1.2.4 Schutz & Rettung	19
1.2.5 Dienstabteilung Verkehr	21
1.2.6 Stadtrichteramt	23
1.3 Standorte mit Publikumskontakt	24
1.4 Kennzahlen 2009/3	26
2 Analyse des Umfeldes	29
2.1 Politisches und rechtliches Umfeld	29
2.2 Demographisches und soziales Umfeld	30
2.3 Ökologisches Umfeld	32
2.4 Mobilität und Freizeitverhalten	32
2.5 Technologisches Umfeld	33
2.6 Wirtschaftliches und finanzielles Umfeld	34
2.7 Risikobeurteilung (zivilisationsbedingte Ereignisse, Kriminalität, etc.)	35
3 Vision	39
4 Mission	43
4.1 Identifikation: Wir arbeiten für Zürich	43
4.2 Zusammenarbeit: Wir sind ein Team	44
4.3 Kundenorientierung: Wir sind dienstleistungsbewusst	45
4.4 Glaubwürdigkeit: Wir sind vertrauenswürdig	45
4.5 Verantwortung: Wir sind initiativ	46
4.6 Innovation: Wir sind offen für Neues	46
4.7 Führung: Wir sind Vorbild	47

5	Strategie Polizeidepartement	51
5.1	Strategische Schwerpunkte des Polizeidepartements	52
5.1.1	Bevölkerung/Kundschaft	52
5.1.2	Prozesse	53
5.1.3	Mitarbeitende	55
5.1.4	Finanzen	55
5.2	Strategische Projekte des Polizeidepartements	55
5.2.1	«Quartiermanagement Polizeidepartement»	55
5.2.2	«Rotlicht – Prostitution und Menschenhandel»	56
5.2.3	«Sport ohne Gewalt»	56
5.2.4	Einführung des neuen digitalen Funknetzes «POLYCOM»	56
5.2.5	Forensisches Institut	57
5.2.6	Zürcher Polizeischule	57
5.2.7	Ausbildungszentrum Rohwiesen	58
5.2.8	«ELZ-ZH 2011»	58
5.2.9	Vermittlungs- und Rückführungszentrum «VRZ» und Zentrale Ausnüchterungsstelle «ZAS»	58
5.2.10	«Masterplan Velo»	59
5.2.11	Enterprise-Content-Management «ECM PD»	59
5.2.12	Crowd Management	59
5.3	Jahresziele 2011 des Polizeidepartements	60
5.3.1	Bevölkerung/Kundschaft	60
5.3.2	Prozesse	60
5.3.3	Mitarbeitende	62
5.3.4	Finanzen	62
5.4	Jahresziele 2011 des Departementssekretariats	62
5.4.1	Bevölkerung/Kundschaft	62
5.4.2	Prozesse	63
5.4.3	Mitarbeitende	64

6	Strategie Stadtpolizei	67
6.1	Strategische Schwerpunkte der Stadtpolizei	67
6.1.1	Bevölkerung/Kundschaft	67
6.1.2	Prozesse	68
6.1.3	Mitarbeitende	68
6.1.4	Finanzen	69
6.2	Strategische Projekte der Stadtpolizei	70
6.2.1	Entwicklungsgebiete: Auswirkungen auf die Polizeiarbeit (Zürich-Nord und Zürich-West)	70
6.2.2	Räumliche Masterplanung: Mittel- und langfristige Planung und Bereitstellung der baulichen Infrastruktur	70
6.2.3	Projekt «KALA»: Optimierung der Doktrinbausteine Stapo 200X in der Grundversorgung	70
6.3	Jahresziele 2011 der Stadtpolizei	70
6.3.1	Bevölkerung/Kundschaft	70
6.3.2	Prozesse	71
6.3.3	Mitarbeitende	72
6.3.4	Finanzen	72
7	Strategie Schutz & Rettung	75
7.1	Strategische Schwerpunkte von Schutz & Rettung	75
7.1.1	Bevölkerung/Kundschaft	75
7.1.2	Prozesse	75
7.1.3	Mitarbeitende	76
7.1.4	Finanzen	77
7.2	Strategische Projekte von Schutz & Rettung	77
7.2.1	Data Warehouse	77
7.2.2	Transferorientiertes Bildungscontrolling	77
7.2.3	Mobile Datenkommunikation und GIS	78
7.2.4	Zusammenführung der beiden ELZ («ELZ-ZH 2011»)	78
7.2.5	Organisation Materialbewirtschaftungsprozesse (SAP-MM/PM/PS)	78
7.2.6	Standortstrategie	78
7.3	Jahresziele 2011 von Schutz & Rettung	79
7.3.1	Bevölkerung/Kundschaft	79
7.3.2	Prozesse	79
7.3.3	Mitarbeitende	79
7.3.4	Finanzen	80

8	Strategie Dienstabteilung Verkehr	83
8.1	Strategische Schwerpunkte der Dienstabteilung Verkehr	83
8.1.1	Bevölkerung/Kundschaft	83
8.1.2	Prozesse	84
8.1.3	Mitarbeitende	85
8.1.4	Finanzen	85
8.2	Strategische Projekte der Dienstabteilung Verkehr	85
8.2.1	Innovationsmanagement	85
8.2.2	Modellierungs- und Simulationskompetenz	85
8.2.3	Sensibilisierung der Verkehrsteilnehmenden	86
8.2.4	Verkehrstechnische Abstimmung Agglomeration und Stadt Zürich; Verkehrsmanagement im Verbund mit den Nachbargemeinden	86
8.2.5	Leitung der stadtinternen Expertengruppe Verkehrsmanagement	86
8.2.6	Reduktion der Strassensignalisation in der Stadt Zürich	87
8.2.7	Generationenmanagement	87
8.2.8	Strategie Stadtgeschwindigkeiten	87
8.3	Jahresziele 2011 der Dienstabteilung Verkehr	87
8.3.1	Bevölkerung/Kundschaft	87
8.3.2	Prozesse	88
8.3.3	Mitarbeitende	89
8.3.4	Finanzen	89
9	Strategie Stadtrichteramt	93
9.1	Strategische Schwerpunkte des Stadtrichteramts	93
9.1.1	Bevölkerung/Kundschaft	93
9.1.2	Prozesse	93
9.1.3	Mitarbeitende	94
9.1.4	Finanzen	95
9.2	Strategische Projekte des Stadtrichteramts	95
9.2.1	«Verlustscheinbewirtschaftung»	95
9.3	Jahresziele 2011 des Stadtrichteramts	96
9.3.1	Bevölkerung/Kundschaft	96
9.3.2	Prozesse	96
9.3.3	Mitarbeitende	98
9.3.4	Finanzen	98

Vorwort des Departementsvorstehers



Sicherheit und Freiheit, Qualität und Kosten bilden zwei der Spannungsfelder, mit denen sich auseinandersetzen muss, wer für die Sicherheit in der Stadt Zürich Verantwortung trägt. Die Bevölkerung verlangt Sicherheit, will dafür aber möglichst keine Einschränkung von Freiheiten in Kauf nehmen. Wo aber Sicherheit gewährleistet sein soll, braucht es Regeln. Und wo Regeln einzuhalten sind, wird die persönliche Freiheit unvermeidlich eingeschränkt.

Gewerbetreibende, Veranstalter, Beizerinnen und Vergnügungssuchende verlangen möglichst hohe Flexibilität bei der Auslegung von Regeln und Gesetzen, damit sie möglichst ohne Einschränkungen ihre Ziele und Wünsche verwirklichen

können. Ein Grossteil der Bevölkerung will aber, dass klar und unmissverständlich ist, was erlaubt ist und was nicht – und für alle sollen die gleichen Regeln und Gesetze gelten.

Sie, wir, alle wollen bei allem eine möglichst hohe Qualität – Perfektion! Aber Perfektion kostet Geld. Und Geld steht nur in beschränktem Ausmass zur Verfügung. Es gilt also, sich der Perfektion so weit anzunähern, wie dies finanzierbar ist. Wohlwissend, dass niemand perfekt sein kann.

Der Strategische Plan des Polizeidepartements dient unter anderem dazu, mit diesen Widersprüchlichkeiten umzugehen. Aus langfristigen Überlegungen werden mittelfristige Strategien und Projekte abgeleitet. Diese werden für das Departement und die Dienstabteilungen auf Jahresziele herunter gebrochen. Die Jahresziele bestimmen letztlich die tägliche Arbeit unmittelbar.

Der Strategische Plan wurde von meiner Vorgängerin gemeinsam mit der Geschäftsleitung des Polizeidepartements (GLPD) entwickelt. Ich habe dieses nützliche Planungsinstrument gerne weitergeführt. Es dient dem gemeinsamen Ringen nach alltagsfähigen, durchsetz-

baren Lösungen und der steten Suche nach Optimierungsmöglichkeiten und neuen Ansätzen.

Zum Schluss ein Wort in eigener Sache: Alle Dienstabteilungen des Departements beschäftigen sich mit Sicherheitsfragen in einem weiteren Sinn. Es ist deshalb nur konsequent, dass ich auch eine andere Idee meiner Vorgängerin weiter verfolge: die Umbenennung des Departements zum Sicherheitsdepartement. Ich gehe davon aus, dass der nächste Strategische Plan unter der neuen Departementsbezeichnung erscheinen wird. Das ändert allerdings nichts an der Qualität des Plans und an dem Aufwand, den seine Erstellung und Umsetzung jeweils bedeutet. Es ist mir deshalb ein Anliegen, an dieser Stelle allen zu danken, die dafür sorgen, dass der Strategische Plan kein Papiertiger bleibt.

Stadtrat Daniel Leupi

Der vorliegende neunte Strategische Plan des Polizeidepartements hat sich gegenüber dem Vorjahr in Aufbau und Gestaltung nicht verändert, das erleichtert die Vergleichbarkeit. Es wird wiederum unterschieden zwischen strategischen Schwerpunkten (abgeleitet aus der Umfeldanalyse und der Mission), strategischen Projekten und Zielen für das Folgejahr. Die Schwerpunkte und Ziele werden kategorisiert gemäss den Strukturen der «Balanced Scorecard»¹. Auch dieses Mal wurde der Plan ergänzt mit einer kurzen Vorstellung der Organisation und der Aufgaben des Polizeidepartements und seiner Dienstabteilungen.

Der Strategische Plan wurde wie immer in einem kaskadenartigen System erarbeitet. Die Dienstabteilungen legten auf ihrer Stufe die strategischen Schwerpunkte und strategischen Projekte fest. Selbstverständlich ist die Planung des Departements abgestimmt auf den gesamtstädtischen Aufgaben- und Finanzplan (AFP).

Die konsolidierte Fassung des Strategischen Plans 2011–2015 wurde von der Geschäftsleitung des Polizeidepartements (GL PD)² verabschiedet. Der Strategische Plan ist in erster Linie ein Werkzeug für die Planung, bis hinunter zum Zielvereinbarungsgespräch mit den einzelnen Mitarbeitenden im Rahmen des ZBG³-Prozesses. Zudem bildet er im Rahmen des departementsinternen Controllings auch die Basis für die Berichterstattung. Der Strategische Plan wird das Jahr hindurch mittels eines trimesterweise erfolgenden Reportings auf seine Umsetzung überprüft.

Selbstverständlich stehen die gesetzten Jahresziele 2011 – soweit sie finanzielle Implikationen haben – unter dem Vorbehalt der Gutheissung des Voranschlags durch den Gemeinderat.

¹ Führungsinstrument zur Ausrichtung der Organisation an strategischen Zielen in unterschiedlichen Perspektiven, nämlich Bevölkerung/Kundschaft, Prozesse, Mitarbeitende, Finanzen

² Bestehend aus dem Departementsvorsteher, den Chefs der vier Dienstabteilungen, den beiden Departementssekretären und dem Kommunikationsleiter des Polizeidepartements

³ Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgespräch

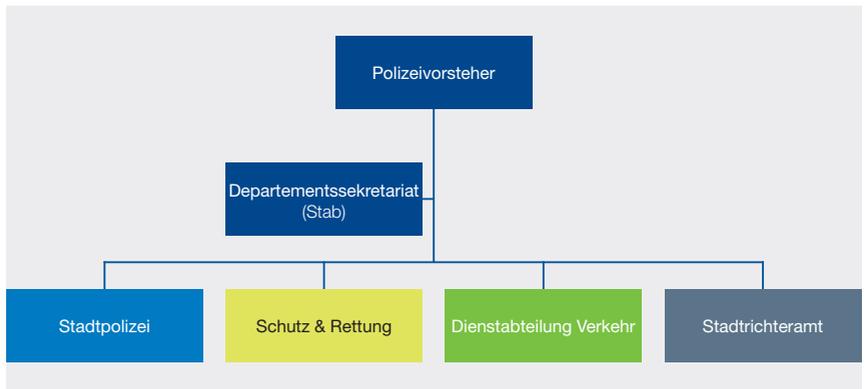
Das Polizeidepartement



Das Polizeidepartement



1.1 Organisation



Organigramm des Polizeidepartements

1.2 Aufgaben

1.2.1 Departement

Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Kernaufgaben erarbeitet das Polizeidepartement laufend zusätzliche Schwerpunktprojekte, um kontinuierlich und gezielt auf die Bedürfnisse der städtischen Bevölkerung eingehen zu können.

Die Projektierung und Umsetzung der Massnahmen erfolgt entsprechend ihren Anforderungen interdisziplinär und departementsübergreifend. Sicherheit ist die Grundlage einer toleranten und freien Gesellschaft. Deshalb setzt sich das Polizeidepartement rund um die Uhr für den Schutz und die Sicherheit der Zürcher Bevölkerung ein. Dem Polizeidepartement sind die Dienstabteilungen Stadtpolizei, Schutz & Rettung und Verkehr sowie – administrativ – das Stadtrichteramt unterstellt.

Geführt und koordiniert werden diese Dienstabteilungen vom Departementsvorsteher. Dabei stehen ihm in der Departementsleitung die beiden Departementssekretäre und der Kommunikationsleiter beratend, koordinierend und organisierend zur Seite.

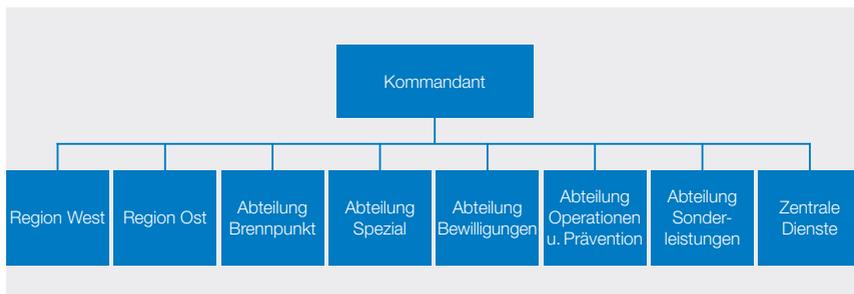
Die Departementsleitung legt zusammen mit den vier Dienstchefs in der wöchentlich tagenden Geschäftsleitung die strategisch bedeutsamen Punkte und Zielvorgaben fest.

Für weitere Angaben: www.stadt-zuerich.ch/pd

1.2.2 Departementssekretariat

Zentrale Aufgabe des Departementssekretariats ist es, den Departementsvorsteher bei seiner Geschäftsführung zu unterstützen. Als Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung hat das Departementssekretariat beide Bereiche im Auge zu behalten und den Ausgleich zu suchen. Die breite politische Thematisierung städtischer Anliegen in der Sicherheitspolitik soll mit einer transparenten, sachlichen und aktiven Kommunikation unterstützt werden.

1.2.3 Stadtpolizei



Organigramm der Stadtpolizei

Auf dem Gebiet der Stadt Zürich sind zwei Polizeikorps tätig: Die Kantonspolizei Zürich und die Stadtpolizei Zürich. Die Aufgabenteilung zwischen den beiden Polizeikorps ist im Polizeiorganisationsgesetz vom 29. November 2004 geregelt. Im sicherheitspolizeilichen Bereich handelt die Stadtpolizei ohne Einschränkungen. Im kriminalpolizeilichen Bereich stellt sie die Grundversorgung sicher. Dazu zählen zur Bewältigung stadtspezifischer Kriminalität auch die Verfahren im Zusammenhang mit der Betäubungsmittelszene, den Kinder- und Jugendproblemen und dem Sexualmilieu. Auch in den weiteren kriminalpolizeilichen Belangen erfolgt die Erstaufnahme immer durch die Stadtpolizei. Wenn es sich zeigt, dass ein komplexer Strafrechtsfall vorliegt, wird er der Kantonspolizei übergeben. Zur Erfüllung der polizeilichen Grundversorgung wurden zwei Polizeiregionen (Region West und Region Ost) gebildet. Damit die sicherheitspolizeilichen und die kriminalpolizeilichen Aufgaben im Verbund gelöst werden können, verfügen beide Regionen sowohl über sicherheits- als auch kriminalpolizeiliche Elemente.

Die beiden Regionen werden durch weitere Abteilungen unterstützt. Wenn in der Stadt Zürich Brennpunkte (z. B. lokale Drogenszenen) entstehen, wird die Abteilung Brennpunkt dort so lange überlagert eingesetzt, bis der betreffende Quartierteil wieder der Grundversorgung zurückgegeben werden kann. Die Abteilung Spezial verfügt über Interventionskräfte zur Bewältigung besonderer Lagen. Die Abteilung Bewilligungen regelt die vorübergehende Benützung des öffentlichen Grundes (insbesondere durch Veranstaltungen) und beaufsichtigt das Gastgewerbe. Die Abteilung Sonderleistungen überwacht den ruhenden Verkehr und führt die automatischen Geschwindigkeits- und Rotlichtkontrollen durch. Die Abteilung Operationen und Prävention koordiniert die Operationen, führt das Lagezentrum, konzipiert die Präventionskampagnen und stellt die Verkehrsinstruktion in den Schulen sicher.

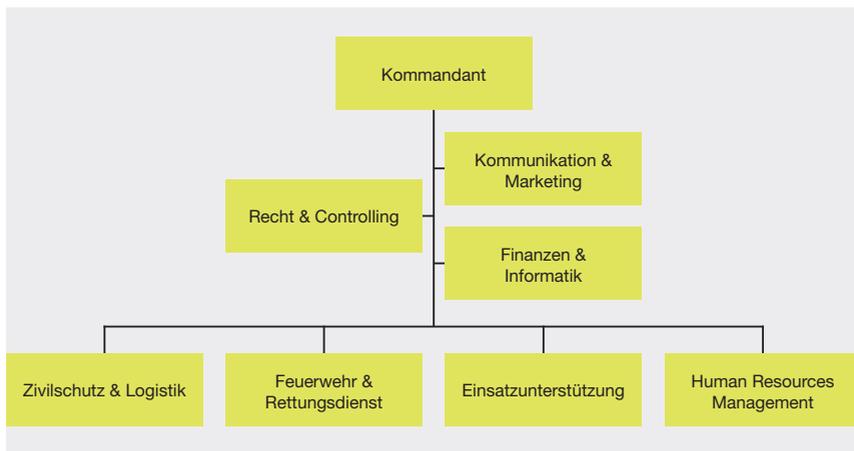
Die Abteilung Zentrale Dienste schliesslich stellt den internen Support sicher (Führungsunterstützung, Human Resources, Rechtsdienst sowie Logistik und Informatik).

Die Einsatzzentrale der Stadtpolizei erhält pro Jahr 155'000 Anrufe über die Notrufnummer 117. Daraus resultieren rund 63'000 geführte Einsätze, was durchschnittlich 172 Einsätzen pro Tag entspricht.

Die Stadtpolizei Zürich arbeitet eng mit anderen städtischen Diensten, insbesondere mit dem Sozialdepartement, dem Gesundheits- und Umweltdepartement sowie dem Schul- und Sportdepartement zusammen. Namentlich die Erfahrungen mit der damaligen offenen Drogenszene in den 1990er-Jahren haben gezeigt, dass gesellschaftliche Probleme in den Städten nicht mit der Polizei allein, sondern nur im Verbund mit anderen städtischen Diensten erfolgreich gelöst werden können.

Für weitere Angaben: www.stadtpolizei.ch

1.2.4 Schutz & Rettung



Organigramm von Schutz & Rettung

Schutz & Rettung ist die grösste zivile Rettungsorganisation der Schweiz. Unter ihrem Dach befinden sich Feuerwehr, Rettungsdienst, Zivilschutz und Feuerpolizei sowie die Einsatzleitzentralen des Kantons Zürich⁴. Als Dienstabteilung des Polizeidepartements der Stadt Zürich ist sie Teil der Notfall- und Katastrophenorganisation von Stadt Zürich, Kanton Zürich und des Bundes. Mit den zugewiesenen Einsatzgebieten und Dienstleistungen ist Schutz & Rettung weit über die Stadtgrenze im Einsatz, insbesondere auch auf dem Flughafen Zürich-Kloten.

Von den im Jahr 2009 total 525'669 (Vorjahr 489'941) entgegen genommenen Anrufen der beiden Einsatzleitzentralen betrafen insgesamt 55'355 (Vorjahr 52'900) Anrufe aus dem gesamten Kanton Zürich die Notrufnummer 118 der Feuerwehr. Daraus ergaben sich 12'791 (Vorjahr 12'503) Einsätze wovon rund $\frac{1}{3}$ auf dem Stadtgebiet erbracht wurden. Bei der Sanitätsnotrufnummer 144 meldeten sich 114'689 (Vorjahr 92'388) Hilfesuchende aus dem ganzen Kanton Zürich (mit Ausnahme von Winterthur und Umgebung) sowie aus dem Kanton Schaffhausen und Teilen des Kantons Schwyz. Dabei wurden durch den Rettungsdienst von Schutz & Rettung 32'358 (Vorjahr 32'002) Einsätze selber geleistet. Für die übrigen Einsätze wurden andere Rettungsdienste disponiert. Seit dem 1. Februar 2010 wird aufgrund des Vertrages vom 1. Oktober 2009 mit der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich für die Notrufnummer 144 der ganze

⁴ Zudem betreibt SRZ auch die Einsatzzentrale für den Notruf 144 für den Kanton Schaffhausen und Teile des Kantons Schwyz

Kanton disponiert und das Katastrophenmaterial (Sanitätshilfsstellen) für den gesamten Kanton bereitgestellt.

Der Rettungsdienst gewährleistet zudem den Sanitätsdienst an zahlreichen Veranstaltungen.

Die Feuerwehr leistet rund um die Uhr Hilfe nicht nur bei Bränden, sondern auch bei Personenbergungen, Tierrettungen, Oel- und Chemieunfällen, Strahlenwehr, Sturm-, Schnee- und Wasserschäden und weiteren Rettungsaufgaben. Die Berufsfuerwehr wird unterstützt von acht Einheiten der Milizfeuerwehr mit rund 400 Angehörigen.

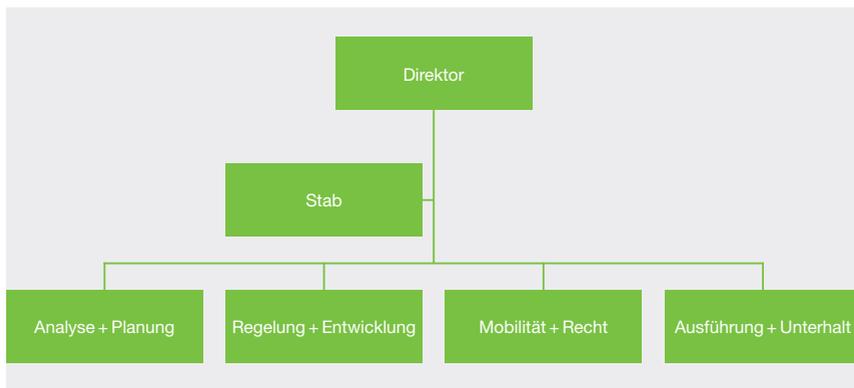
Der Zivilschutz der Stadt Zürich leistet Hilfe bei natur- und zivilisationsbedingten lange andauernden Katastrophen und Notlagen. Mit 2832 Dienstpflichtigen unterstützt er die professionellen Rettungskräfte und die Polizei, stellt Betreuungsformationen für Altersheime und Grossanlässe und führt ausserdem Patiententransporte im Rahmen der insgesamt 13'122 erbrachten Einsatztage durch.

Im Ausbildungszentrum Rohwiesen in Zürich-Opfikon werden Zivilschutzkurse, Beratungen, Schulungen und Kurse zu Themen wie Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz, präklinische Hilfe und Brandschutz angeboten. Zum Aufgabengebiet gehört zudem die Höhere Fachschule für Rettungsberufe.

Die Feuerpolizei mit ihren erfahrenen Brandschutzexperten sorgt dafür, dass in Zürich brandsicher gebaut wird und auch der Brandverhütung in bestehenden Gebäuden und an Anlässen aller Art die notwendige Beachtung geschenkt wird.

Für weitere Angaben: www.stadt-zuerich.ch/srz

1.2.5 Dienstabteilung Verkehr



Organigramm der Dienstabteilung Verkehr

Die Dienstabteilung Verkehr ist für das Verkehrsmanagement in der Stadt Zürich zuständig und koordiniert die unterschiedlichsten Mobilitätsbedürfnisse. Priorität genießt dabei die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmenden. Durch eine vernetzte Verkehrssteuerung wird der Verkehrsfluss laufend optimiert. In Notfällen können jederzeit lebensrettende Rettungs- und Interventionswege frei geschaltet werden.

Die Dienstabteilung Verkehr gliedert sich in vier Fachbereiche sowie drei Stabsfunktionen. Der Direktor, die Bereichs- und die Stabsleiter bilden die Geschäftsleitung.

Der Bereich «Analyse + Planung» beurteilt Verkehrsprojekte der Stadt Zürich auf der Basis praxisbezogener und wissenschaftlich erhärteter verkehrlicher Grundlagen und Analysen, insbesondere Modellrechnungen und Unfallstatistiken. Die Planung von Verkehrskonzepten sowie die verkehrstechnische Bewertung von Verkehrs- und Hochbauprojekten, welche Auswirkungen auf das Verkehrsgeschehen in der Stadt Zürich haben, obliegt diesem Bereich. Er wertet die Verkehrsunfälle der Stadt Zürich aus und schlägt Sanierungsmassnahmen vor. Ebenso gehört die Planung und Analyse von Verkehrszonen (Tempo 30, Begegnungszonen, Altstadt, Quartierzentren) dazu.

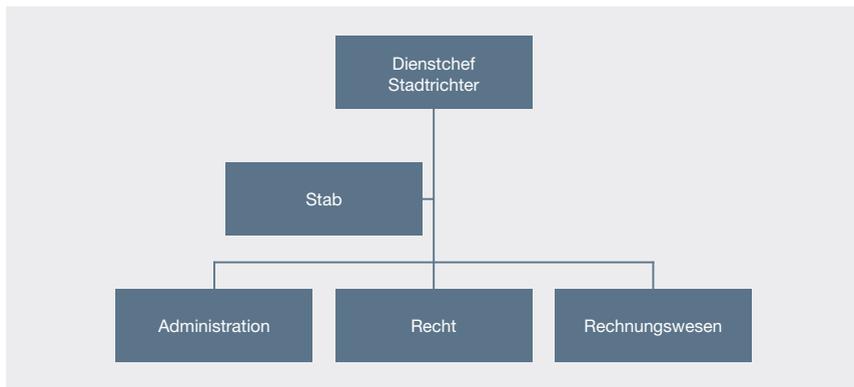
Der Bereich «Regelung + Entwicklung», zertifiziert nach ISO9001, koordiniert den Fliessverkehr mit dynamischen Signalisationsanlagen. Er entwickelt und fördert neue Verkehrstechnologien in Zusammenarbeit mit Hochschulen und Industrie. Es werden unter Berücksichtigung der Interessen aller Verkehrsteilnehmenden neue Verkehrsregelungsanlagen projektiert und in Betrieb genommen. Regelung + Entwicklung erarbeitet auch die Software für die verkehrsunabhängige dynamische Steuerung der rund 400 Lichtsignalanlagen der Stadt Zürich.

Der Bereich «Mobilität + Recht» setzt sich mit strassenverkehrsrechtlichen Fragen auseinander. Er beobachtet und analysiert Mobilitätsentwicklungen. Seine Mitarbeitenden bereiten permanente Verkehrsanordnungen und die Umsetzung der entsprechenden Signalisation vor. Der Bereich bewirtschaftet die gebührenpflichtigen Parkplätze und die Blauen Zonen, ferner stellt er Sonderbewilligungen für den ruhenden Verkehr und die Zufahrt zu Sperrzonen aus. Schliesslich beurteilt er Bau- und Reklamegesuche in Bezug auf Verkehrstechnik und -sicherheit.

Der Bereich «Ausführung + Unterhalt» erarbeitet in Koordination mit anderen Stellen innerhalb der städtischen und kantonalen Verwaltung (Tiefbauamt, Verkehrsbetriebe usw.) Umleitungs- und Signalisationskonzepte für Baustellen und Anlässe und plant Markierungen. Er stellt Signalisations-, Wegweisungs- und Absperrmaterial aller Art bereit, liefert dieses an seinen Bestimmungsort und wartet es sach- und fachgerecht.

Für weitere Angaben: www.stadt-zuerich.ch/dav

1.2.6 Stadtrichteramt



Organigramm des Stadtrichteramts

Das Stadtrichteramt stellt die weltweite Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten und Übertretungen des eidgenössischen, des kantonalen und des kommunalen Rechts sicher, die in die örtliche, sachliche und funktionale Zuständigkeit der Stadt Zürich fallen. Es sorgt für die rechtlich einwandfreie und zeitgerechte Behandlung und Erledigung dieser Übertretungsstrafverfahren sowie für eine einheitliche Rechts- und Strafpraxis. Damit gewährleistet es auf dem Gebiet der Stadt Zürich Rechtssicherheit und stärkt das Rechtsbewusstsein nicht nur der Allgemeinheit sondern auch des Individuums, indem es sowohl general- als auch spezialpräventiv wirkt. Im Rahmen dieser Aufgaben beteiligt sich das Stadtrichteramt an der Gestaltung von Gesetzgebung und Rechtsprechung auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene und vertritt gerade auch hier die Interessen und Bedürfnisse einer urbanen Bevölkerung sowie die speziellen Anliegen einer Grossstadt. Zudem gewährt es Rechtshilfe. In der Erfüllung dieser Hauptaufgaben ist das Stadtrichteramt selbständig und geniesst den Schutz der richterlichen Unabhängigkeit.

Daneben gewährleistet das Stadtrichteramt den Aufbau und den Betrieb eines Kompetenzzentrums für Verlustscheinbewirtschaftung für die Stadtverwaltung von Zürich. Es sorgt damit für die rechtlich einwandfreie und zeitgerechte Eintreibung der Verlustscheinforderungen der allermeisten Dienstabteilungen der Stadtverwaltung von Zürich.

Das Stadtrichteramt ist dem Polizeidepartement nur administrativ unterstellt, die Aufsicht über die richterliche Tätigkeit obliegt dem Statthalteramt.

Für weitere Angaben: www.stadt-zuerich.ch/stadtrichteramt

1.3 Standorte mit Publikumskontakt

Stadtpolizei

- 1 Kommando**
Amtshaus I
Bahnhofquai 3
- 2 Regionalwache Wiedikon**
Zür Lindenstrasse 87
- 3 Regionalwache Aussersihl**
Militärstrasse 105
- 4 Regionalwache Industrie**
Fabrikstrasse 1
- 5 Regionalwache City**
Bahnhofquai 3
- 6 Regionalwache Oerlikon**
Gubelstrasse 1
- 7 Quartierwache Altstetten**
Altstetterstrasse 162
- 8 Quartierwache Grünau**
Grünauring 16
- 9 Quartierwache Höngg**
Limmattalstrasse 160
- 10 Quartierwache Enge**
Bederstrasse 2
- 11 Quartierwache Wollishofen**
Tannenrauchstrasse 88
- 12 Quartierwache Hottingen**
Gemeindestrasse 54
- 13 Quartierwache Riesbach**
Riesbachstrasse 3
- 14 Quartierwache Schwamendingen**
Dübendorfstrasse 5
- 15 Quartierwache Unterstrass**
Röslistrasse 10
- 16 Quartierwache Affoltern**
In Böden 173
- 17 Detektivbüro**
Zeughausstrasse 11
- 18 Wache Verkehrspolizei**
Bahnhofbrücke 1
- 19 Bewilligungen**
Gartenstrasse 14
- 20 Prävention**
Grüngasse 19
- 21 Polizeilicher Assistenzdienst**
Schaffhauserstrasse 26
- 22 Wache Wasserschutzpolizei**
Mythenquai 73
- 23 Hafenverwaltung**
Bellerivestrasse 260

Schutz & Rettung

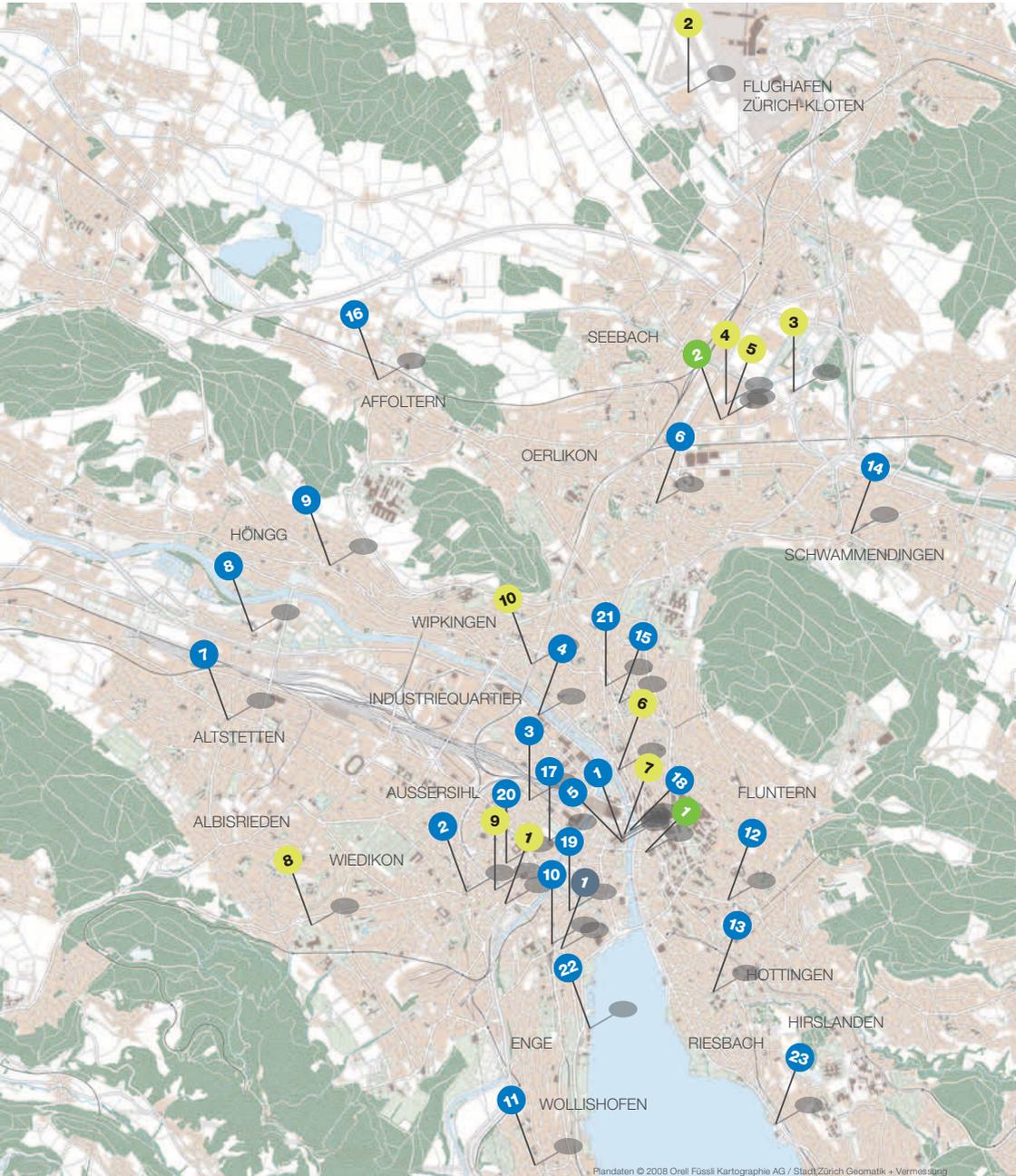
- 1 Hauptwache**
Hauptsitz
Weststrasse 4
- 2 Stützpunkt Nord**
Flughafen, Zürich-Kloten
- 3 Ausbildungszentrum Rohwiesen**
Orion-Strasse 6,
Zürich-Optikon
- 4 Zivilschutz Fahrzeugpark**
Leutschenbachstrasse 70
- 5 Logistik Material**
Leutschenbachstrasse 62
- 6 Hauptwache Rettungsdienst**
Neumühlequai 40
- 7 Feuerpolizei**
Amtshaus II
Beatenplatz 1
- 8 Sanitätswache und Logistik Fahrzeuge**
Paul-Clairmont-Strasse 8
- 9 Immobilien, Finanzen und Personal**
Birmensdorferstrasse 83
- 10 Zivilschutz Museum**
Habsburgstrasse
(gegenüber 17)

Dienstabteilung Verkehr

- 1 Verwaltung**
Mühlegasse 18/22
- 2 Werkhof**
Leutschenbachstrasse 60

Stadtrichteramt

- 1 Stadtrichteramt**
Gotthardstrasse 62



1.4 Kennzahlen 2009³

	DS	Stapo	SRZ	DAV	StRA	PD
Anzahl Mitarbeitende (Köpfe)	18	2001 ⁶	615 ^{7,8}	103 ⁹	55 ¹⁰	2791
davon Frauen	11	585	93	24	27	738
Stellenwerte (Full Time Equivalents; FTE)	16	1875	572	96	52	2611
Aufwand ¹¹ (CHF Mio.)	4,1	340,5	123,7	31,9	21,4	521,6
Ertrag (CHF Mio.)	0,1	173,6	61,5	13,2	30,2 ¹²	278,6
Investitionen (CHF Mio.)	0,0	3,5	4,3	7,6	0,0	15,4

⁵ Per Stichtag 31. Dezember 2009

⁶ Zusätzlich 130 Aspiranten (davon 34 Frauen) und 1 Lehrling (Bootsbauer)

⁷ Zusätzlich 49 Mitarbeitende in Ausbildung (davon 11 Frauen) und 11 Lehrlinge

⁸ In Schutz & Rettung integriert sind zudem die 431 Angehörigen der Milizfeuerwehr (davon 47 Frauen) sowie die 2832 Angehörigen des Zivilschutzes

⁹ Zusätzlich 3 Lehrlinge

¹⁰ Zusätzlich 3 Lehrlinge

¹¹ Ohne die geschlossenen Rechenkreise Schutzraumbautenfonds, Blaue Zone und Parkgebühren

¹² Davon Bussenerträge: CHF 11,5 Mio

Analyse des Umfeldes



Analyse des Umfeldes



Der Schweiz geht es im Vergleich zu den Nachbarländern nach wie vor gut. Die Finanzkrise ist jedoch noch nicht überwunden, hingegen scheint die Talsohle erreicht zu sein. Aufgabe eines «Sicherheitsdepartements» ist es, auf Risiken, deren Ursachen und Eintretenswahrscheinlichkeit sowie mögliche Bewältigungsszenarien hinzuweisen. Wenn im Folgenden die kritischen Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung im Zentrum stehen, stellt dies kein gesellschaftliches Gesamtbild dar; vielmehr werden sicherheitsrelevante Themen fokussiert.

2.1 Politisches und rechtliches Umfeld

Die politischen Fronten verhärten sich immer mehr. Auf verschiedenen Seiten herrschen Polemik und Angstmacherei vor. Viele Medien driften im Kampf um Leserzahlen zunehmend in den Boulevardjournalismus ab.

Tendenziell befassen sich die Legislativen – zum Teil mit Unterstützung der Medien – intensiver mit operativen Geschäften der Verwaltung.

Das Polizeigesetz (PolG), das die inhaltlichen Aufgaben und die Einsatzgrundsätze regelt, wurde vom Regierungsrat per 1. Juli 2009 in Kraft gesetzt. Nach dem Urteil des Bundesgerichts vom 30. September 2009 sind wenige Paragraphen neu zu legiferieren. Eine Verordnung zum Polizeigesetz regelt den Einsatz der polizeilichen Einsatzmittel.

Das PolG bedingt eine Anpassung der Allgemeinen Polizeiverordnung (APV). Der Entwurf der neuen APV ist erstellt, vom Stadtrat verabschiedet und vom Gemeinderat an die gemeinderätliche Spezial-Kommission überwiesen.

Per 1. Januar 2011 trat die erste schweizerische Strafprozessordnung in Kraft und ersetzt die kantonalen Strafprozessordnungen.

Auch im Bereich der Rettungsorganisationen sind in jüngster Zeit wesentliche Gesetzes-

novellen in Kraft getreten. Das neue kantonale Gesundheitsgesetz regelt die Zuständigkeiten für die Einsatzleitzentralen der Rettungsdienste (Notruf 144). Dazu wurde per 1. Januar 2010 zwischen der Gesundheitsdirektion und dem Polizeidepartement ein Leistungsauftrag abgeschlossen. Schutz & Rettung Zürich betreibt für den ganzen Kanton Zürich die Einsatzleitzentralen (Nr. 118 und 144).

Wie in anderen Bereichen ist auch in der Sicherheitspolitik die Tendenz zu beobachten, dass die Gemeinden als letzte Stationen in der Delegationskaskade immer mehr Aufgaben übernehmen müssen. Diese Tendenz geht weiter und generiert für die Kommunen zusätzliche Kosten. Dies geht aber umgekehrt oft nicht einher mit der Delegation der Kompetenzen. Die Stadt Zürich als Zentrumsstadt mit zentralörtlichen Aufgaben für einen grossen Teil der Schweiz muss sich wehren, im Bund nicht bloss als eine von 2740 und im Kanton nicht bloss als eine von 171 Gemeinden behandelt zu werden. Aufgrund einer regierungsrätlichen Initiative werden unter Bezugnahme auf die neue Kantonsverfassung neue Formen von Koordination und Zusammenarbeit in Ballungszentren (Metropolitan-konferenz) diskutiert.

Die Ergebnisse eidgenössischer Abstimmungen zur Ausländerpolitik im weiteren Sinn (Ausschaffung krimineller Ausländer, Minarettverbot, etc.) werden nicht von allen Bürgern gleich akzeptiert. Demonstrationen werden immer wieder durch Chaoten missbraucht, um sinnlos Sachwerte zu beschädigen.

2.2 Demographisches und soziales Umfeld

Globalisierungstendenzen, Kriege und Diktaturen, knapper werdende Wasserressourcen sowie Bevölkerungswachstum und Armut in Entwicklungs- und Schwellenländern bewirken unter anderem einen Migrationsdruck in das Einwanderungsland Schweiz. Diese Entwicklung hat Einfluss auf die Wirtschaft, die Arbeitswelt, insbesondere die beruflichen Perspektiven von Jugendlichen und jungen Erwachsenen und somit indirekt auch auf die Kriminalitätsraten. Multikulturalität, Wertevielfalt und -verlust können zu Verständigungsproblemen und Konflikten führen. Die gegenseitige Akzeptanz kann nicht von vornherein vorausgesetzt werden und das Aggressivitätspotenzial zwischen verschiedenen Ethnien ist nicht zu verharmlosen. Unter dem interkulturellen Spannungsfeld leiden vor allem diejenigen Angehörigen der zweiten Generation von Immigranten, die hier geboren, aufgewachsen und vollständig integriert sind.

Seit Beginn der 70er-Jahre zeigt sich, dass die Arbeitslosigkeit nach jeder Krise respektive jedem Konjunkturzyklus auf einem höheren Niveau als zuvor stagniert. Daher ist mit einem weiteren Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit zu rechnen. Davon betroffen werden hauptsächlich Jugendliche und ältere Erwerbstätige sein.

Auch die Lohnschere wird sich weiter öffnen und es kommt zu einer Zunahme der «Working Poor», also denjenigen Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit am Existenzminimum

leben und nicht vor Armut abgesichert sind. Damit es nicht zu Unruhen und Aufständen der benachteiligten Bevölkerungsschichten kommt, müssen die ungleich verteilten Vermögen und Einkommen sozial abgedeckt werden. Dies entspricht der Tradition des sozialen Friedens, die ein wichtiger Faktor des Standortvorteils der Schweiz ist.

Die nachweisliche Alterung der Gesellschaft und die zunehmende Migration führen zu einer weiteren Überschuldung unserer Sozialwerke auf Kosten der nachfolgenden Generationen, auch wenn dieser Prozess durch die Migration qualifizierter Arbeitskräfte (z. B. aus Deutschland) verzögert wird. Beitragserhöhungen und/oder Leistungskürzungen sind die Folge.

Der kontinuierliche Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge und sonstiger Abgaben, die wegen des globalen Steuer- und Standortwettbewerbs jedoch vor allem vom Mittelstand erbracht werden, führt zu einer Zunahme der Schwarzarbeit.

Der bevorstehende prognostizierte starke Bevölkerungszuwachs wird insbesondere in den Quartieren von Zürich Nord zu grossen Herausforderungen führen. Die Zunahme der Stadtbevölkerung bis 2015 wird seit 2006 rund 5% betragen. Dies wird zwangsläufig auch zu einer Vermehrung der Polizei- sowie der Rettungseinsätze (Sanität und Feuerwehr) führen.

Immer teurer werdender Wohnraum bewirkt eine Wohnungsnot in der Stadt Zürich für mittlere und tiefere Einkommen. In der Stadt angestellte Arbeitskräfte wohnen deshalb immer weiter weg vom Arbeitsort. Die Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte mit urbanem Lebensstil sowie der gestiegene Wohnraumananspruch pro Kopf führen zu höheren Mieten und damit zu einer Verdrängung der weniger kaufkräftigen Einwohnerinnen und Einwohnern in die Quartiere am Stadtrand und in die Agglomeration. Damit besteht die Gefahr einer «Segregation» in einzelne Stadtquartiere (bzw. der Innenstadt) mit oberen Einkommen und dem Stadtrand und den Agglomerationen mit verdichteter Bauweise für mittlere und niedrige Einkommensschichten, wo sich soziale Probleme massieren.

Das Thema Wohnungsnot und verschiedene andere politische Beweggründe führen vermehrt zu Hausbesetzungen.

In der Gesellschaft lässt sich eine zunehmende Anonymisierung und Entsolidarisierung feststellen. Oft werden der Gemeinschaftssinn und die gesellschaftliche Solidarität dem Eigennutzen untergeordnet und die Bereitschaft, selber Verantwortung zu übernehmen und sich zum Wohl des Ganzen zu engagieren – gerade auch im Milizamt –, wird weiter abnehmen. Die Individualisierung und die Zunahme von Einpersonenhaushalten birgt die latente Gefahr der Vereinsamung in sich.

Der zunehmende Individualismus geht einher mit der immer stärker wachsenden Anspruchshaltung an die Leistungen des Staates. Dies führt unweigerlich zu einem Dilemma: Zwar werden immer mehr Aufgaben an den Staat delegiert, doch gleichzeitig werden die Überregulierung und die hohe Staatsquote beklagt. Staatliche Autoritäten werden wenig akzeptiert. Polizistinnen und Polizisten sowie Rettungssanitäterinnen und -sanitäter werden bei ihren Einsätzen angepöbelt und teilweise auch körperlich angegriffen.

2.3 Ökologisches Umfeld

Der fortschreitende Klimawandel bewirkt, dass alle Kontinente zunehmend von Naturgefahren wie Überschwemmungen, Unwettern und Stürmen heimgesucht werden. Auch unser Land erfährt in wachsender Masse Überschwemmungen, Berggrutsche, Unwetter, Lawinenabgänge oder Waldbrände. Dadurch werden Häuser, Infrastrukturen und Ernten gefährdet oder zerstört und erhebliche, möglicherweise irreparable Schäden entstehen. Diese klimatischen Veränderungen führen auch zu einer Zunahme der Flüchtlingsströme aus den bedrohten Gebieten und belasten die westlichen oder wirtschaftlich starken Länder. Rivalitäten um Wasser und Bodenschätze führen zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Die natürliche Ressource Wasser, insbesondere in Trinkqualität, gewinnt auch als Rohstoff und Handelsware an Bedeutung.

Der Energieverbrauch nimmt weltweit weiterhin zu. Die «End»-Lagerung des Atom Mülls ist nach wie vor nicht gelöst. Erneuerbare Energien wie Solar- und Windenergieanlagen gewinnen an Bedeutung. Es herrscht internationale Uneinigkeit betreffend Massnahmen zum Klimawandel. UNO-Konferenzen und Klimagipfel erreichen kaum wirkungsvolle Abkommen.

2.4 Mobilität und Freizeitverhalten

Kurzfristig sind keine verkehrswirksamen raumplanerischen Veränderungen zu erwarten. Damit fallen die Wohn- und Arbeitsorte weiterhin auseinander und das durch Pendlerinnen und Pendler verursachte Verkehrsaufkommen wächst weiter. Es ist aufgrund der Erfahrungswerte weiterhin von einem leichten Wachstum des motorisierten Individualverkehrs auszugehen (0.3% /Jahr). Einen Beitrag zum Wachstum leistet u. a. der stetig steigende Motorisierungsgrad von älteren Personen. Die Verteuerung der Mobilität (Treibstoffkosten, ÖV-Tarife) haben vorderhand keine spürbaren Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen. Die regelmässig durchgeführte Bevölkerungsbefragung zeigt, dass der Verkehr mit Abstand und seit Jahren als das grösste Problem wahrgenommen wird. Dazu trägt auch die Tatsache bei, dass mit der Zunahme des motorisierten Individualverkehrs und der starken Zunahme der Parkplätze auf privatem Grund der Druck auf den Strassenraum und die – unveränderte Anzahl – Parkplätze auf öffentlichem Grund steigt. Der Einsatz des marktwirtschaftlichen Instruments der Preisgestaltung für die Benützung von Parkplätzen auf öffentlichem Grund ist erst ansatzweise zu erkennen.

Die Kapazitäten der öffentlichen Verkehrsmittel und der Strassen sind zu Hauptverkehrszeiten ausgelastet. Im Bereich des öffentlichen Verkehrs (S-Bahn) liessen sich zwar zusätzliche Kapazitäten schaffen, indem Sitz- durch Stehplätze ersetzt würden. Entsprechende Bestrebungen sind jedoch nicht erkennbar. Anreize zur Verlagerung der Reisezeiten ausserhalb der Spitzenstunden werden diskutiert (z. B. 9 Uhr PASS). In den nächsten Jahren sind jedoch kaum Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen in Spitzenzeiten zu

erwarten. Die Liniennetzstudie 2025 der VBZ ist in Bezug auf die erforderlichen Ausbauten richtungsweisend (Tram Zürich-West, Tram Hardbrücke, Tram Rosengarten usw.).

Alternative Antriebsformen beim motorisierten Individualverkehr erzielen nur sehr langsam eine positive Umweltwirkung, ohne die Zahl der Fahrzeuge zu reduzieren. Hinzu kommen neue Fortbewegungsmittel wie E-Bikes. Der Anteil des Velos am Modalsplit ist in der Stadt Zürich relativ gering, die relative Gefährdung aber hoch, obwohl die Förderung des Fahrrads in der Stadt Zürich seit Jahren einen hohen Stellenwert genießt.

Das Verkehrsmanagement der Stadt Zürich wird unter diesen Rahmenbedingungen weiterentwickelt und somit gewährleisten können, dass auch unvorhergesehene Ereignisse wie Unfälle und planbare Engpässe wie Baustellen, trotz hohem bzw. wachsendem Verkehrsaufkommen, zu verhältnismässig reibungslosem Verkehrsablauf in der Stadt Zürich führen. Damit wird die hohe Verkehrssicherheit, wenn auch nur in kleinen Schritten, weiterhin gesteigert. Das Klima zwischen den Verkehrsteilnehmenden wird aufgrund des Verkehrsaufkommens und der Verkehrsdichte entsprechend einer Grossstadt als hektisch und teilweise aggressiv empfunden.

Die Notwendigkeit der Koordination des Verkehrsmanagements mit dem Bund, dem Kanton und der Agglomeration hat einen hohen Stellenwert. Die Einrichtung einer Regionalen Leitzentrale für den Verkehrsraum Zürich (Zeithorizont 2011/12) ist projektiert und genehmigt.

Die Beanspruchung des öffentlichen Raumes für Veranstaltungen aller Art und kommerzielle Nutzungen nimmt zu. Die Bereitschaft, Verantwortung für die negativen Auswirkungen (Abfall, Lärm etc.) zu übernehmen, ist aber gering. Neben den organisierten Anlässen in der Innenstadt halten sich an den Wochenendnächten tausende von jungen Leuten in den Seeuferanlagen und in der Umgebung von Verkehrsknotenpunkten auf. Zürich ist Partystadt für eine weit gefasste Agglomeration bis hin in den süddeutschen Raum. Dies führt dazu, dass der ursprünglichen «Tagesbevölkerung» der Stadt eine mehr oder weniger gleich grosse «Nachtbevölkerung» gegenüber steht. Dies hat deutliche Auswirkungen auf das Wohnumfeld, die Öffnungszeiten der Betriebe, die Einsatzzeiten der Sicherheits- und Rettungsdienste.

Mit dem Angebot von Freizeitaktivitäten in der Nacht werden neue, zusätzliche Spitzenzeiten geschaffen, die z. B. mit der Ausdehnung der Betriebszeiten von Lichtsignalanlagen verkehrlich geregelt werden müssen. Die Weiterentwicklung der Informationstechnologie und deren Adaptierung für Verkehrsmanagementzwecke spielt eine wichtige Rolle (z. B. Modellierung und Simulation).

2.5 Technologisches Umfeld

Internet, Mobiltelefone und weitere Errungenschaften der Technik erleichtern zwar die Information und die Kommunikation, werden aber – gerade weil sie in hohem Masse die

Anonymität zulassen – auch von Kriminellen verwendet. Mit SMS und Internet (z. B. Facebook, Twitter etc.) können innert kurzer Zeit hunderte von Personen für ein Anliegen mobilisiert werden und den öffentlichen Grund mit oder ohne Bewilligung belegen, ohne dass die Polizei vorgängig Kenntnis erhält.

Gleichzeitig erleichtern neue Technologien (beispielsweise GPS in Fahrzeugen, mobile Datenkommunikation, komplexe Funknetze, Induktionssysteme etc.) die Arbeit der Blaulichtorganisationen und des Verkehrsmanagements.

Immer komplexere Informatiksysteme stellen für einen reibungslosen Betrieb der Einsatzleitzentralen eine enorme Herausforderung dar. Dieses Phänomen betrifft nicht nur die Stadtverwaltung, sondern sämtliche Arbeitgeber die «mission-critical» Anwendungen betreiben. Komplexe Systeme werden immer störanfälliger sowie zu Zielen von Hackern. Die kontinuierliche Funktionsfähigkeit erfordert Redundanzen, die zusätzliche Kosten generieren.

2.6 Wirtschaftliches und finanzielles Umfeld

Die weltweiten Finanzmärkte sind nach wie vor instabil und basieren zum Teil auf Spekulationen, die kurzfristig zwar hohe Gewinne generieren, mittel- und langfristig aber zu erneuten Einbrüchen und Krisen führen können. Mangels stabiler, weltweit durchgesetzter Rahmenbedingungen führen Steuer- und Standortwettbewerbe zu sinkenden Einnahmen des Staates.

Die Finanzkrise hat zur Folge, dass die Steuereinnahmen auch in der Stadt Zürich als Finanzplatz in den nächsten Jahren tiefer ausfallen werden, auch wenn der Steuerausfall durch den Anstieg der Wohnbevölkerung teilweise kompensiert werden kann. Das fehlende Geld wird Auswirkungen auf die Investitionen der Stadt und somit auf den Arbeitsmarkt und letztlich auf die Sicherheit haben.

Rund 70% der gesamten Finanzierung der Forschung und Entwicklung erfolgt aus der Privatwirtschaft. Damit ist dieser Bereich sehr krisenanfällig und von grossen Unternehmen (z. B. Banken, Versicherungen, Pharma etc.) abhängig, die weiter in den Forschungsstandort Schweiz investieren. Boomländer wie China oder Indien konkurrenzieren die Schweiz durch ihre günstigeren Löhne und Lebenshaltungskosten. Die Schweiz braucht somit Vorteile, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Fehlt das notwendige Geld aus der Privatwirtschaft, müssten Subventionen aus der öffentlichen Hand geprüft werden, um die Bedeutung des Forschungs- und Entwicklungsstandortes Schweiz und damit auch viele Arbeitsplätze zu erhalten.

2.7 Risikobeurteilung

(zivilisationsbedingte Ereignisse, Kriminalität, etc.)

Die organisierte, transnationale Kriminalität in den Bereichen Drogen-, Waffen-, Menschenhandel oder Betrug nimmt zu. Kriminelle Organisationen kaufen sich zunehmend technologische Ressourcen wie z.B. eigene Internet Service Provider, was Überwachungsversuche der Internet-Aktivitäten verhindert.

Bisher blieb die Schweiz von Selbstmordattentätern verschont. Fundamentalistische Glaubensangehörige könnten allerdings z. B. Minarett- und Burkaverbote sowie Karikaturen als Angriff auf ihre Religion verstehen. Auch im Zusammenhang mit Streitigkeiten mit arabischen Ländern (z. B. Libyen) können schwierige Situationen entstehen. Eine Bedrohung durch islamische Selbstmordattentäter in der Schweiz kann in Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

Die nationale Lagebeurteilung der Gewaltbereitschaft erfordert nach wie vor den Schutz gewisser Botschafts- und Konsulatsgebäude. Das bleibt eine Bundesaufgabe und wird in Zürich bis auf weiteres durch die Armee (Militärische Sicherheit) wahrgenommen.

Die linksextremen und die rechtsextremen Szenen sind zwar nicht völlig verschwunden, doch in der Stadt Zürich treten sie nur vereinzelt auf, wobei linksextreme Auftritte deutlich häufiger zu verzeichnen sind als rechtsextreme, die in Zürich eher selten und nicht im Rahmen von Kundgebungen anzutreffen sind.

Ein Phänomen, das die Polizei vor grosse Herausforderungen stellt, ist der Krawall-Tourismus, begleitet von sehr vielen Gafferinnen und Gaffern. Krawalle können wegen der Mobilisierung durch neue Medien innert kürzester Frist unerwartet aus einer friedlichen Party entstehen.

Im Ausland häufen sich Amok-Läufe in Schulen. In der Stadt Zürich bestanden Verdachtsfälle, bei denen polizeiliche Vorbereitungen getroffen wurden. Mit Verbrechen dieser Art muss auch bei uns gerechnet werden.

Seit der Ratifizierung der bilateralen Verträge ist eine verstärkte Migrationsbewegung aus Osteuropa feststellbar, verbunden mit negativen Begleiterscheinungen wie namentlich der sprunghaften Zunahme von Prostituierten in Zürich mit jährlichen Zuwachsraten von 10–20%. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass ein erheblicher Teil der Prostituierten durch gut organisierte Gruppen mit internationalen Verbindungen kontrolliert wird. Häufig sind diese Frauen Opfer von Menschenhandel und werden durch falsche Versprechen, mittels Ausnützen sozialer Notlagen und Abhängigkeiten sowie auch teilweise unter Anwendung von Gewalt in die Prostitution gezwungen. Ausländische kriminelle Zuhältergruppen kämpfen um Gebiete und Marktanteile. Ermittlungen gegen Menschenhandel sind komplex und Beweise schwierig zu führen. Zudem sind die bisher ausgefallten Strafen im Verhältnis zum verursachten Leid zu gering.

Ob Jugendgewalt tatsächlich zugenommen hat oder nur das Anzeigeverhalten, darüber sind sich die Fachleute uneinig. Viele Gewaltvorfälle mit Jugendlichen zeichnen sich durch brutales Vorgehen gegen wehrlose Opfer aus. Oft werden die Taten noch mit dem Handy

gefilmt. In vielen Fällen stehen die Taten in Zusammenhang mit übermässigem Alkoholkonsum. Es gibt zahlreiche weitere Risikofaktoren (Geschlecht, Problem milieu, Peergroups mit gewaltbefürwortenden Normen, etc.), die aber in kumulierter Form auftreten müssen. Die Gewalt bei Sportgrossveranstaltungen konzentriert sich in letzter Zeit auf Auftritte von mehreren hundert sogenannten «Ultras» beim Fussball. Es gibt einen territorialen Anspruch auf einen eigenen Sektor im Stadion, der gegen alle verteidigt wird. Angriffe mit Schlagutensilien gegen rivalisierende Gruppierungen erfolgen überfallartig an verschiedensten Orten. Ebenso finden Konfrontationen innerhalb der Stadien und auf der Hin- und Rückfahrt in Menschenansammlungen statt, in deren Schutz strafbare Handlungen begangen werden. Durch Solidarisierungsaktionen von unbeteiligten Zuschauenden mit den «Ultras» wird die Arbeit für die Polizei gefährlich. Mit grossen Polizeiaufgeboten, der polizeilichen 3-D-Strategie (Dialog-Deeskalation-Durchgreifen) und einer professionellen Fanbetreuung wird versucht, dem Gewaltphänomen Einhalt zu gebieten.

Seit dem Inkrafttreten des Polizeigesetzes am 1. Juli 2009 besteht nun eine gesetzliche Grundlage für die Verrechnung des Polizeieinsatzes u. a. auch bei Fussballspielen. Mit dieser Verrechnung sollen einerseits die Kosten der öffentlichen Hand für die Polizeieinsätze abgegolten werden und andererseits die Veranstalter veranlasst werden, alle möglichen Massnahmen zur Verhinderung von Gewalt zu ergreifen.

In Zürich entmischen sich manche Quartiere, obwohl die sozialen Unterschiede im Stadtbild weniger sichtbar sind als in anderen Weltstädten. Neben den hohen Mietzinsen in einzelnen Zonen ist auch die objektiv oder subjektiv wahrgenommene Kriminalität ein wichtiger Faktor, der die Bildung von Problemgebieten fördert. Eine geringe Kriminalitätsrate ist Grundlage für eine positive Quartierentwicklung, für die Aufwertung und den Schutz von Wohngebieten.

Vision

3

Vision



Sicherheit findet stadt

«Zürich hält weltweit den Spitzenplatz bezüglich Lebensqualität und Sicherheit rund um die Uhr und an jedem Ort»

Die Vision wollen wir engagiert, professionell, vernetzt und partnerschaftlich erreichen.

Dabei lassen wir uns durch folgende Prinzipien (Mission) leiten:

Mission

4

Mission



Das Polizeidepartement erreicht seine Ziele unter Anwendung des Leitbilds der Stadt Zürich:

Wir arbeiten für Zürich

Wir arbeiten für Zürich, damit sich unsere Stadt weiterentwickelt, Wirtschaft und Kultur blühen und die Menschen gern hier leben und arbeiten.

4.1 Identifikation: Wir arbeiten für Zürich

Wir identifizieren uns mit der Stadt Zürich und sind uns bewusst, dass wir im Auftrag und zum Wohl der Bevölkerung arbeiten.

Wir steigern Motivation, Verantwortung und Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Stufen. Indem wir Verantwortung delegieren, Spielräume geben und Perspektiven aufzeigen, bauen wir für alle Hierarchiestufen ein motivierendes Arbeitsklima auf. Wir fördern den offenen Erfahrungsaustausch und das innovative Denken aller Mitarbeitenden. Die Bereitschaft, auch über den eigenen Aufgabenbereich hinaus zu denken, soll sich lohnen. Wir stellen auf Stufe Departement und Dienstabteilungen ein professionelles Personalmanagement sicher, dass die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten fördert, die individuelle Aus- und Weiterbildung in angemessenem Rahmen unterstützt sowie eine differenzierte und gerechte Mitarbeiterbeurteilung durch individuelle Zielvereinbarungen ermöglicht. Wir mildern mit gezielter Ausbildung, mit Betreuung und mit geeigneten

Anlaufstellen in den Dienstabteilungen die Auswirkungen von Gewalt und Drohung gegen Mitarbeitende und setzen alles daran, sie zu verhindern. Die Führungskräfte setzen alles daran, Burn-outs der Mitarbeitenden zu vermeiden.

Durch zukunftsgerichtete und moderne Berufsbilder sollen die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeidepartements gefördert werden. Die laufenden Modernisierungen in den Bereichen Stadtpolizei sowie Schutz- und Rettungsdienste sollen nicht nur zu bevölkerungsnäheren Organisationen und Abläufen führen, sondern auch die Attraktivität der Arbeitsinhalte für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöhen. Die Durchlässigkeit zwischen den Dienstabteilungen und deren Abteilungen soll erleichtert werden.

4.2 Zusammenarbeit: Wir sind ein Team

Wir arbeiten und reden miteinander, um gemeinsame Lösungen zu finden und Konflikte zu regeln.

Wir gewährleisten die Gleichstellung und Gleichberechtigung von Männern und Frauen durch spezifische Förderung des jeweils untervertretenen Geschlechts in Kaderpositionen. Jede und jeder von uns weiss und kann etwas. Deshalb respektieren wir uns und nehmen gegenseitig Rücksicht. Wir sind überzeugt, dass nur eine tragfähige Gemeinschaft mit allen möglichen Partnern gute Resultate erzielt und die hochgesteckten Ziele erreichbar macht. Wir zeigen eine hohe Sozialkompetenz und gehen dabei souverän mit Fehlern um, indem wir eine offene Feedback-Kultur fördern und die Ursachen gemeinsam und partnerschaftlich benennen und ebenso die notwendigen Veränderungen herbeiführen. Damit ermöglichen wir einen kontinuierlichen Lernprozess aller. Zudem wissen wir, dass die Übertragung von Verantwortung für die Wahl von Mitteln und Wegen notwendige Voraussetzung für Motivation und Initiative ist.

Wir beschaffen und geben uns alle erforderlichen Informationen, indem wir alle zur Verfügung stehenden Kommunikationsplattformen nutzen.

Interdisziplinäre Themen werden dienstabteilungsübergreifend koordiniert.

4.3 Kundenorientierung: Wir sind dienstleistungsbewusst

Wir erfüllen die Aufträge, Bedürfnisse und Erwartungen unserer Kundinnen und Kunden mit angemessener Qualität, kompetent und freundlich.

Die Einsatz- und Spezialformationen in den Bereichen Polizei, Sanität, Feuerwehr, Zivilschutz, Feuerpolizei, der Dienstabteilung Verkehr und des Stadtrichteramtes setzen sich rund um die Uhr für den bestmöglichen Schutz und die Sicherheit der Zürcher Bevölkerung ein.

Zur verbesserten Leistungs- und finanziellen Steuerung der städtischen Sicherheitsdienstleistungen sind Führungsinstrumente zu entwickeln und umzusetzen, die eine politische und administrative Steuerung und eine flexible Anpassung an sich verändernde Rahmenbedingungen ermöglichen. Dabei ist eine effiziente Aufgabenerfüllung zu gewährleisten, indem städtische Sicherheitsdienstleistungen transparent und mit messbaren Zielvorgaben definiert werden.

Wir orientieren die städtischen Sicherheitsdienstleistungen auf allen Stufen vorab an den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner und der hier ansässigen Unternehmen der Stadt Zürich und fördern insbesondere die bürgernahe Sicherheitsarbeit in den Quartieren (Community Policing). In der Orientierung auf Kundinnen und Kunden sind auch neue Wege zu suchen. Strukturen und Arbeitszeiten etc. werden am Kundennutzen gemessen und gehorchen einem hohen Mass an Flexibilität. Dabei hat vor allem die Polizei eine Doppelrolle zu erfüllen, die auch Widersprüche birgt: Einerseits soll sie – im Sinne des Community Policing – freundliche, hilfsbereite und kompetente Ansprechinstanz für unbescholtene Bürgerinnen und Bürger sein. Andererseits muss sie bei Gesetzesverstössen mit der nötigen Konsequenz intervenieren.

Das Polizeidepartement garantiert ein bevölkerungsnahes und qualitativ hochstehendes Angebot an städtischen Sicherheitsdienstleistungen, welches das Vertrauen der Bevölkerung kontinuierlich fördert. Der Bürgerin und dem Bürger soll im Bedarfsfall professionell, rasch, und umfassend geholfen werden.

4.4 Glaubwürdigkeit: Wir sind vertrauenswürdig

Wir sichern unsere Glaubwürdigkeit durch Zuverlässigkeit, Transparenz und die Übereinstimmung von Reden und verbindlichem Handeln.

Wir kommunizieren nach innen und aussen auf der Basis von Transparenz, Glaubwürdigkeit und Dialog. Kommunikation ist eine Aufgabe der Führungskräfte aller Stufen wie auch aller Mitarbeitenden. Wir informieren rechtzeitig, wahrheitsgetreu und offen, um Vertrauen

bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wie auch bei der Bevölkerung und bei den Medien zu schaffen.

4.5 Verantwortung: Wir sind initiativ

Wir ergreifen die Initiative für nachhaltige Lösungen, handeln eigenverantwortlich und gehen sorgfältig mit allen uns anvertrauten – auch natürlichen – Ressourcen um.

Wir konzentrieren unsere Kräfte auf das Wesentliche und vermeiden Verzettelungen der personellen und finanziellen Ressourcen, mit denen wir sorgfältig umgehen. Wir fördern die Kostensensibilisierung auf allen Stufen. Vorteile, die sich mit der Anwendung neuer Technologien zur Optimierung der Verkehrssteuerung, zur Stärkung der Prävention, zur Verkürzung der Interventionszeiten, zur wirksameren Verbrechensbekämpfung und für den Einsatz der Rettungsdienste ergeben können, nutzen wir konsequent. Auch im Kontakt mit der Bevölkerung setzen wir auf modernste Mittel. Das alles bedingt sowohl fachliche Kompetenz als auch innovatives, visionäres Denken.

4.6 Innovation: Wir sind offen für Neues

Wir sind bereit, Neues zu wagen und Bewährtes zu festigen, Wissen und Erfahrungen auszutauschen, um unsere Aufgaben noch effizienter zu erledigen.

Wir sind offen für neue Formen der Zusammenarbeit, der Organisationsstrukturen und den Einsatz neuer Technologien. Dazu arbeiten wir eng mit anderen Departementen und mit vergleichbaren Diensten in anderen Städten zusammen.

Um von den Besten zu lernen (best practice), pflegen wir mit anderen Städten im In- und Ausland einen intensiven Erfahrungsaustausch. Wir stellen die optimale Bewältigung schwieriger Situationen sicher dank einer partnerschaftlichen und eng vernetzten Arbeit der städtischen Sicherheitsorgane und aller involvierten Dienststellen untereinander und zusammen mit anderen Gemeinden, dem Kanton und dem Bund.

4.7 Führung: Wir sind Vorbild

Wir verstehen Führung als Mittel, um unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Erreichung gemeinsamer Ziele zu unterstützen und ihre Eigeninitiative und persönliche Entwicklung zu fördern.

Wir setzen politische und betriebliche Zielvorgaben stufengerecht um. Zur Zielformulierung und zur Überprüfung der Zielerreichung und des Erfolgs stehen zweckmässige Führungsinstrumente zur Verfügung.

Wir dezentralisieren und delegieren die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten von städtischen Sicherheitsdienstleistungen stufengerecht und soweit als möglich: Mittels Controlling und Berichterstattung auf Stufe Departement und Dienstabteilungen gewährleisten wir die politische wie auch die operative Führung.

Wir erfassen Potenziale und fördern die berufliche Laufbahn der Mitarbeitenden.



Strategie Polizeidepartement

Strategie Polizeidepartement



Die Strategie umfasst die langfristigen Schwerpunkte, die strategischen Projekte und die Ziele des kommenden Jahres des Polizeidepartements und seiner Dienstabteilungen. Selbstverständlich stehen über den spezifischen Zielen des Polizeidepartements die vom Stadtrat festgelegten Legislatorschwerpunkte 2010–2014¹³.

Auf Stufe Polizeidepartement aufgeführt sind Ziele und Projekte mit politischer Dimension sowie dienstabteilungsübergreifende Ziele und Projekte.

¹³ Am 29. September 2010 hat der Stadtrat die Ziele und Strategien für die laufende Amtsperiode vorgestellt. Als Legislatorschwerpunkte 2010–2014 wurden vier Themen definiert:

- (1) Kultur- und Kreativstadt Zürich
- (2) eZürich
- (3) Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten
- (4) Frühförderung – Gute Startchancen für Zürich

5.1 Strategische Schwerpunkte des Polizeidepartements

5.1.1 Bevölkerung/Kundschaft

Kontaktpflege

Dem regelmässigen Kontakt des Polizeidepartements und seiner Dienstabteilungen zur Bevölkerung, zu den Unternehmen und zu Organisationen wird eine hohe Aufmerksamkeit geschenkt.

Nutzung des öffentlichen Raumes

Das Polizeidepartement bearbeitet zusammen mit dem Sozialdepartement, Gesundheits- und Umweltdepartement und dem Schul- und Sportdepartement in der Stadtratsdelegation «Stadtleben im öffentlichen Raum» gemeinsame Fragen zur Nutzung des öffentlichen Raums. Dazu gehören insbesondere Nutzungskonflikte durch spontane Aneignung des öffentlichen Raums, Quartierverträglichkeit des Rotlichtmilieus, Jugendgewalt, Drogenkonsum und -handel, übermässiger Alkoholkonsum. Neben der Erarbeitung einer Strategie zur situationsgerechten Nutzung des öffentlichen und halböffentlichen Raums ist auch dem optimalen Ressourceneinsatz bei der Durchführung von Projekten und Umsetzung von Massnahmen grosse Beachtung zu schenken.

Ausgehzone

Dem Verhältnis zwischen den Personen in den Ausgehzone und den Angehörigen von Polizei und Rettungskräften ist erhöhte Beachtung zu schenken. Die Akzeptanz der Arbeit der Polizistinnen und Polizisten und der Rettungsanitäterinnen und -sanitäter muss gestärkt werden und der Deeskalation wird hohes Gewicht beigemessen.

E-Government

Die elektronischen Dienstleistungen und verwaltungsinternen Prozesse für die Kundinnen und Kunden werden optimiert (Vereinfachung von Bewilligungsverfahren). Die Abwicklung von Kundenkontakten über Internet und mobile Geräte ist selbstverständlich. Projekte werden in enger Zusammenarbeit mit dem Datenschutzbeauftragten ausgearbeitet.

Reduktion von Gewalt im Sport

Die Zusammenarbeit mit den Sportclubs (aber auch den Fans) und allen beteiligten Stellen von Stadt, Kanton und Bund zur Verhinderung von Gewalt im Umfeld von Sportveranstaltungen ist zu verstärken und es sind gemeinsame Lösungen anzustreben. Die gezielte Deanonymisierung von gewaltbereiten und gewaltsuchenden Personen wird im Rahmen der Arbeit mit der Datenbank «GAMMA» weiterverfolgt.

Sicherheit in der 24-Stunden-Gesellschaft

Die veränderten Ausgegewohnheiten mit den verlängerten Öffnungszeiten der Gastwirtschaften und Clubbetriebe und der Ausbau des öffentlichen Verkehrs haben zu einem hohen Personenaufkommen in den Nächten an den Wochenenden geführt. Die Anzahl der Einsätze von Polizei und Rettungsdiensten ist während diesen Zeiten gestiegen. Der Fahrzeugverkehr in der Nacht ist ebenfalls dichter geworden. Der Gewährleistung der objektiven und subjektiven Sicherheit muss auch während den Nachtzeiten hohe Aufmerksamkeit geschenkt werden. Insbesondere in den Nächten der Wochenenden ist die Polizei in den Gebieten mit hohem Publikumsaufkommen präsent und die Rettungsdienste halten ausreichend Kapazitäten bereit.

Die Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen, dem Gastgewerbe und weiteren Organisationen wird intensiviert.

Die Dienstabteilung Verkehr stellt sicher, dass die Blaulichtorganisationen offene Rettungsachsen haben.

Gewalt und Alkohol

Den Themen Jugendgewalt und Alkoholexzesse von Jugendlichen und junger Erwachsener im öffentlichen Raum wird hohe Priorität eingeräumt. Dabei wird eine enge Zusammenarbeit mit den sozialen Diensten, den Gesundheitsdiensten, den Schulen und weiteren Diensten angestrebt.

Sicherheit Fuss- und Veloverkehr

Der Verkehrssicherheit für die Zufussgehenden und für die Velofahrenden wird hohe Aufmerksamkeit geschenkt.

5.1.2 Prozesse

Nachhaltigkeit und 2000-Watt-Gesellschaft

Die Anforderungen der Nachhaltigkeit (ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit) werden bei der Beschaffung von Material (Fahrzeuge, Ausrüstung, Verbrauchsmaterial etc.) und beim Betrieb und Unterhalt der Infrastruktur (Energie, Wasser etc.) in allen Dienstabteilungen vermehrt beachtet.

Damit leisten das Polizeidepartement und seine Dienstabteilungen auch einen Beitrag zum Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft.

Etablierung der neuen KATA-/FIBAL-Organisation im Alltag

Das Konzept für die Führung in besonderen und ausserordentlichen Lagen (FIBAL) sieht vor, dass Ereignisse je nach Eskalationsstufe (grün = Alltag; gelb = Mittleres Ereignis, besondere Lage; orange = Grossereignis, besondere Lage; rot = ausserordentliche Lage, Katastrophe) durch modular zusammengesetzte Stäbe bewältigt werden. Dieses Konzept gilt es bei Grossereignissen weiter einzuspielen und wo nötig aufgrund der in der Praxis gemachten Erfahrungen zu optimieren und zu justieren. Die Mitglieder des Führungsstabes der Stadt Zürich (FSZ) sind weiter auszubilden und mit Stabsrahmenübungen zu schulen. Dabei ist insbesondere auch die Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen zu berücksichtigen und in die Ausbildung mit einzubeziehen.

Aktualisierung und Reduktion von Vorschriften und Normen

Vorschriften, für die das Departement und die Dienstabteilungen zuständig sind, sowie die vorhandenen internen Normen sind auf einem aktuellen Stand zu halten. Anstehende Revisionen sind konsequent für Vereinfachungen zu nutzen. Wenn sie nicht mehr benötigt werden, sind sie ersatzlos aufzuheben. Damit soll der Alltag der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen vereinfacht, aber auch der Handlungsspielraum der Mitarbeitenden erweitert werden.

Dienstabteilungsübergreifende Themen

Themen, die mehrere Dienstabteilungen des Departements betreffen oder Entscheide, die Auswirkungen auf andere Dienstabteilungen haben, werden im Rahmen der Geschäftsleitung des Polizeidepartements koordiniert und behandelt.

Umsetzung neuer übergeordneter Normen

Es gilt, organisatorische und personelle Anpassungen an neue Gesetze und insbesondere an neue Aufgabenabgrenzungen zwischen Kanton und Stadt im Polizeidepartement zu implementieren. Im Vordergrund stehen dabei die Verkehrssteuerung auf nationaler Ebene, das kantonale Polizeigesetz (PolG) sowie die damit im Zusammenhang stehenden Vorschriften auf kommunaler Ebene (z. B. Allgemeine Polizeiverordnung und die nachgelagerten Vorschriften). Ferner sind die am 1. Januar 2011 in Kraft getretene Eidgenössische Strafprozessordnung (StPO) und die damit zusammenhängenden kantonalen und städtischen Erlasse umzusetzen. Wenn erforderlich, ist bei den zuständigen kantonalen Stellen vorstellig zu werden.

Prozesse sind effizient zu gestalten, rückwärtige Dienste sind so klein wie nötig zu halten, damit die Mitarbeitenden an der Front verstärkt werden können.

5.1.3 Mitarbeitende

Betriebliche Gesundheitsförderung

Wegen der steigenden Gewaltbereitschaft gegen Einsatzkräfte ist die Belastung von Mitarbeitenden an der Front gestiegen. Um dieser Entwicklung zu begegnen, sind die Mitarbeitenden in der Aus- und Weiterbildung zu befähigen, verstärkt deeskalierend wirken zu können. Kommt es trotzdem zu Übergriffen, sind die Mitarbeitenden schnell und wirksam zu unterstützen. Eine Nachbetreuung durch die Vorgesetzten ist sichergestellt.

Weiterbildung

Lernen ist ein dauernder Prozess. In der Regel soll jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter während drei Tagen pro Jahr eine aufgaben- und stufenbezogene Weiterbildung absolvieren.

5.1.4 Finanzen

Weiterverrechnung

In der Finanzplanung besteht das Risiko, dass das Betriebsdefizit in Form einer Schere von Jahr zu Jahr zunimmt (steigende Ausgaben, sinkende Einnahmen). Dieser Tendenz ist zu begegnen mit einem weiterhin sehr haushälterischen Umgang auf der Kostenseite. Gleichzeitig sollen künftig vermehrt die Einnahmen überprüft oder dort wo möglich durch eine verursachergerechte Weiterverrechnung (vgl. z. B. hinten Ziff. 5.3.4) angepasst werden.

Abgeltungen für Leistungen für Dritte (z. B. Betrieb der kantonalen Alarmzentrale für sanitätsdienstliche Notrufe) sind kostendeckend zu berechnen.

Leistungen, die nicht von der Stadt erbracht werden müssen, sind an die dafür zuständigen Stellen von Kanton und Bund abzutreten.

5.2 Strategische Projekte des Polizeidepartements

5.2.1 «Quartiermanagement Polizeidepartement»

Das Nachfolgeprojekt von «Langstrasse Plus» soll als Quartiermanagement des Polizeidepartements gestaltet werden. Es befasst sich mit Quartieren mit überdurchschnittlichen Sicherheitsproblemen in der Stadt und stellt die notwendige Koordination zwischen der

Departementsleitung, der Stadtpolizei, weiteren Stellen der Verwaltung und der Bevölkerung sicher.

5.2.2 «Rotlicht – Prostitution und Menschenhandel»

Im Herbst 2008 wurde eine gesamtstädtische Strategie für eine Verbesserung der aktuellen Situation und eine Steuerung des Rotlichtmilieus zur Wahrung der Lebensqualität und des Schutzes der Bevölkerung, des Gewerbes sowie der Würde und Gesundheit aller Betroffenen vom Stadtrat verabschiedet. Das aus der Strategie abgeleitete 3-Säulen-Konzept des Projektes Rotlicht (Quartierverträglichkeit, Gesundheitsschutz, Selbstbestimmung) wird umgesetzt. Die Massnahmen werden laufend überprüft und der aktuellen Lage angepasst. Die Zusammenarbeit mit staatlichen (städtischen, kantonalen, schweizerischen) Stellen sowie massgebenden privaten Organisationen wird weiter ausgebaut. Der Bekämpfung des Menschenhandels wird höchste Priorität eingeräumt wie auch der Verhinderung der Etablierung ausländischer krimineller Organisationen in der Stadt Zürich, die im Bereich Prostitution und Menschenhandel international tätig sind. Der Erlass einer städtischen Prostitutionsgewerbeverordnung mit der Einführung einer Bewilligungspflicht für den Strassenstrich und einer Betriebsbewilligung für Salons wird dem Gemeinderat vorgelegt. Der geltende Strichplan soll den heutigen Bedürfnissen und örtlichen Gegebenheiten angepasst werden.

5.2.3 «Sport ohne Gewalt»

Der bisherige «Runde Tisch» wird durch ein Projekt «Sport ohne Gewalt» mit einem aus den Vorstehern des Polizeidepartements und Schul- und Sportdepartements, Clubpräsidenten und weiteren Vertretern aus der Verwaltung zusammengesetzten Steuerungsausschuss abgelöst. Eine Taskforce koordiniert und leitet die operativen Tätigkeiten.

5.2.4 Einführung des neuen digitalen Funknetzes «POLYCOM»

Die Schweiz baut unter dem Namen POLYCOM ein Sicherheitsfunknetz auf, das die Kommunikationsbedürfnisse der Polizei, des Rettungsdienstes, der Feuerwehr, des Grenzwachtkorps, des Zivilschutzes und von Teilen der Armee sowie weiteren Sicherheits- und Rettungsorganisationen optimal abdeckt. Es ermöglicht sämtlichen Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit («BORS») des Bundes, der Kantone und der Gemeinden eine einheitliche Infrastruktur für ein verschlüsseltes und homogenes Funknetz. Dieses Netz soll unter Vorgabe des Bundes bis 2012 schrittweise aufgebaut

werden. Mit dem damit verbundenen Wechsel vom analogen auf das digitale Funknetz können neu auch kleinere Datenmengen übermittelt werden.

Auch die Blaulichtorganisationen der Stadt Zürich werden umgerüstet: bei Schutz & Rettung wurde POLYCOM bereits eingeführt, die Stadtpolizei ist an der Umsetzung.

5.2.5 Forensisches Institut

Ende 2007 haben der damalige Vorsteher der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich und die damalige Vorsteherin des Polizeidepartements der Stadt Zürich beschlossen, die Wissenschaftlichen Dienste ihrer beiden Korps (Kriminaltechnische Abteilung [KTA] der Kantonspolizei sowie Wissenschaftlicher Dienst [WD] und Wissenschaftlicher Forschungsdienst [WFD] der Stadtpolizei) unter einer gemeinsamen Trägerschaft zu vereinen. In einem ersten Schritt erfolgte per 1. März 2010 die organisatorische Zusammenführung zum «Forensischen Institut Zürich» (FOR). Im Jahr 2012 soll der Schritt auch juristisch nachvollzogen werden; als neues Rechtskleid ist eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit gemeinsamer Trägerschaft von Kanton und Stadt vorgesehen. Nach der Ablehnung des Baukredits für das neue Polizei- und Justizzentrum (PJZ) durch den Kantonsrat ist die Standortfrage für das FOR neu zu klären.

5.2.6 Zürcher Polizeischule

Ende 2007 haben der damalige Vorsteher der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich und die damalige Vorsteherin des Polizeidepartements der Stadt Zürich beschlossen, für die Grundausbildung der Angehörigen ihrer Polizeikorps eine gemeinsame Polizeischule («Zürcher Polizeischule [ZHPS]») zu bilden. Die bisherigen Aspirantenschulen sollen örtlich und organisatorisch zusammengelegt werden. Integriert werden soll zudem die Grundausbildung der Stadtpolizei Winterthur sowie der Gemeindepolizeien. Dieses Vorhaben entspricht den Vorgaben des bildungspolitischen Gesamtkonzepts (BGK) der Konferenz Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD). Nach der Ablehnung des Baukredits für das neue Polizei- und Justizzentrum (PJZ) durch den Kantonsrat ist die Standortfrage für die ZHPS neu zu klären. Die praktische Ausbildung wird so weit wie möglich im erweiterten städtischen Ausbildungszentrum Rohwiesen (AZR) in Zürich-Opfikon stattfinden. In einem ersten Schritt soll per 2012 unter einer gemeinsamen Projektleitung die organisatorische Fusion erfolgen. Als Rechtskleid ist eine unselbständige öffentlich-rechtliche Anstalt des kantonalen Rechts vorgesehen. Der Kantonsrat hat die entsprechende Teilrevision des POG bereits genehmigt. Später erfolgt dann die räumliche Zusammenlegung.

5.2.7 Ausbildungszentrum Rohwiesen

Der Aus- und Neubau des ehemaligen Zivilschutzentrums Rohwiesen (Opfikon) zu einer eigentlichen «Sicherheitsakademie für Blaulichtorganisationen» soll auf städtischer Ebene die Ausbildungen aller Berufe (mit Ausnahme der Aspirantenschule der Stadtpolizei; vgl. dazu vorne Ziff. 5.2.6) und aller Milizfunktionen im Blaulichtbereich unter einem Dach vereinen. Das neue Zentrum soll sich als Lehrstätte für alle Sicherheitsberufe etablieren und ein Renommée weit über die Stadtgrenzen hinaus entwickeln. Das Kompetenzzentrum soll durch Partnerschaften Synergien gewinnen und mit einem breiten Angebot an Kursen eine führende Stellung erreichen. Vorgesehen ist auch die Schulung von Externen im Sinne der Prävention (zu denken ist beispielsweise an Brandschutz in Altersheimen/Schulen; Feuerpolizei im Architekturstudium; Kriminalberatung an Hochschulen; Stabsarbeit bei der Bewältigung von Grossereignissen, usw.). Nicht zu kurz kommen darf schliesslich die Aus-/Weiterbildung der Mitarbeitenden des Departements (Führungsverständnis, Sprachen, Psychologie, Verständnis für Kulturen, etc.).

5.2.8 «ELZ-ZH 2011»

Per 1. Januar 2008 hat die Stadt Zürich die Rettungsorganisationen der Unique (Flughafen Zürich AG) übernommen. Seit dieser Übernahme betreibt Schutz & Rettung an der Weststrasse in Zürich die Einsatzleitzentrale für die Notrufe der Feuerwehr (118) und der Rettungsdienst (144) für den südlichen Teil des Kantons Zürich und im Flughafen die Einsatzleitzentrale 118 und 144 für den nördlichen Teil des Kantons Zürich (ausgenommen 144er-Notruf für den Raum Winterthur und Umgebung). Per 1. Februar 2010 wurde die Integration der Sanitätsnotrufzentrale Winterthur vollzogen. Die beiden Einsatzleitzentralen sollen mit den benötigten Systemen (Daten, Sprache, Kommunikation, Bilder etc.) vereinheitlicht und organisatorisch zusammengeführt werden. Basierend auf einer identischen technischen Plattform soll für den ganzen Kanton Zürich durch Schutz & Rettung eine Hauptzentrale für 144 und 118 sowie eine Ausweichzentrale betrieben werden. Dies erhöht die Flexibilität im Betrieb und ermöglicht die Nutzung von Synergien. Das gemeinsame Projekt von Gesundheitsdirektion Kanton Zürich, Gebäudeversicherung Kanton Zürich und Schutz & Rettung wird von der GVZ geleitet.

5.2.9 Vermittlungs- und Rückführungszentrum «VRZ» und Zentrale Ausnüchterungsstelle «ZAS»

Gemäss § 25 des seit 1. Juli 2009 in Kraft stehenden Polizeigesetzes kann die Polizei Personen, welche sich selber und/oder andere Personen, Tiere oder Sachen ernsthaft und unmittelbar gefährden, in Gewahrsam nehmen. Im Sinne einer Optimierung der

medizinischen Betreuung und Überwachung von berauschten Personen wurde eine zentrale Ausnüchterungsstelle geschaffen. Provisorisch ist sie im Amtshaus I untergebracht. Ein Projektteam arbeitet daran, die beiden Institutionen VRZ und ZAS zusammenzuführen (VRZ+), um Synergien zu gewinnen. Dafür wird in der Stadt Zürich ein geeigneter Standort gesucht.

5.2.10 «Masterplan Velo»

Das unter der Federführung des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements zu initiierte Projekt soll im Strassennetz der Stadt Zürich nachhaltige Verbesserungen für den Veloverkehr erreichen. Das Polizeidepartement leistet mit der Dienstabteilung Verkehr und der Stadtpolizei seinen Beitrag zur Erreichung der Ziele, insbesondere bei der Erhöhung der Sicherheit, der Verbesserung der Routenführung sowie bei der Ausbildung in den Schulen und bei weiteren Bevölkerungskreisen. Die Bevölkerungs-Umfrage «Velostädte 2010» (Veloklimatest) bildet dabei eine wichtige Grundlage.

5.2.11 Enterprise-Content-Management «ECM PD»

Die juristischen, technischen und internen Anforderungen an die Aktenverwaltung und Archivierung wachsen stetig an. Die Geschäfte werden immer mehr als Prozesse abgebildet, deren Nachvollziehbarkeit und Transparenz sichergestellt werden muss. Das Polizeidepartement möchte zur Ablösung der bestehenden Geschäftskontrolle eine benutzerfreundliche Fachapplikation, die die Arbeit mit der visualisierten, strukturierten und prozessgesteuerten Verwaltung von Akten und Dokumenten unterstützt. Die Dokumente sollen digitalisiert und elektronisch unterschrieben werden können. Ausserdem soll die elektronische Langzeitaufbewahrung und die Integration in SAP für die Belegsarchivierung eingeführt werden. Die Anwendung soll offen ausgelegt sein, sodass auch Film- und/oder Tonaufnahmen integrieren werden können. Für diese Fachapplikation soll ein städtisches Standardprodukt eingesetzt werden.

5.2.12 Crowd Management

Aufgrund der aktuellsten Erkenntnisse bezüglich «Crowd Management» werden bei Grossveranstaltungen die Einsatzkonzepte von Polizei und Schutz & Rettung sowie die Sicherheitskonzepte der Veranstalter überprüft und abgeglichen. Dabei werden die Veranstalter vermehrt in die Pflicht genommen und es werden nötigenfalls strengere Auflagen in die Bewilligungen aufgenommen.

5.3 Jahresziele 2011 des Polizeidepartements

5.3.1 Bevölkerung/Kundschaft

Koordination der Nutzungen im öffentlichen Raum

Die neue Stadtratsdelegation «Stadtleben im öffentlichen Raum» wird durch den Vorsteher des Polizeidepartements geleitet. Es wird eine Strategie zur situationsgerechten Nutzung des öffentlichen Raums unter Einbezug bzw. Mitwirkung der verschiedenen Anspruchsgruppen entwickelt.

«Sport ohne Gewalt»

Dank der Koordination aller im Zusammenhang mit Sportveranstaltungen involvierten Stellen der Stadt und Vereine kann die Anzahl der für den Ordnungsdienst im Umfeld von Sportveranstaltungen eingesetzten Kräfte der Stadtpolizei reduziert werden.

Bürgerfreundliche Bewilligungsverfahren

Mit kontinuierlichen Kundenzufriedenheitsmessungen sind die wichtigsten Bewilligungsverfahren der Dienstabteilung Verkehr und der Stadtpolizei analysiert und überprüft. Die Verfahren sind falls notwendig angepasst. Die Gebühren und die Leistungen der Stadt zugunsten von Veranstaltungen sind überprüft und für die Beteiligten transparent.

Sicherheitsbericht Polizeidepartement

Es wird ein Sicherheitsbericht als integrierender Bestandteil des strategischen Plans verfasst. Dabei berücksichtigt der Sicherheitsbericht die Umfeldanalyse und den Geschäftsbericht. Neben zehn bis fünfzehn Indikatoren enthält er eine Beurteilung der eigenen Mittel und Möglichkeiten. Er dient primär als Kommunikationsmittel gegen aussen.

Staatsschutz

Die Staatsschutzaktivitäten der Stadtpolizei im Rahmen der Vorgaben des Bundesrechts und die Kontrolle über diese Tätigkeiten sollen in einem städtischen Erlass geregelt werden.

5.3.2 Prozesse

Raumstrategie

Das Polizeidepartement leistet in enger Zusammenarbeit mit dem Hochbaudepartement seine Beiträge bei der Umsetzung der von den Dienstabteilungen definierten Bedürfnisse für Büroräume, Werkstätten usw. und zu einer Gesamtschau konsolidierten Strategie.

Insbesondere gilt es die Planung für das zentrale Polizeigebäude (Amtshaus West), den Neubau der Wache Mythenquai für die Wasserschutzpolizei, die Sanierung des «Pier 7», das Ausbildungszentrum Rohwiesen, den Annexbau für die Verwaltung von Schutz & Rettung an der Weststrasse, die Umweltschutz- und Technikwache sowie das Logistikzentrum von Schutz & Rettung sowie die Stützpunkte Ost und West für Feuerwehr und Rettungsdienst zu begleiten.

Projektportfolio

Das Konzept für ein übersichtliches Projektportfolio für die bedeutenden Projekte des Polizeidepartements und seiner Dienstabteilungen sowie das Konzept für die entsprechende Administration sind definiert und von der Geschäftsleitung des Polizeidepartements bewilligt. Im Jahre 2010 wurde mittels Excel und Visio die Tauglichkeit überprüft und Anpassungen wurden vorgenommen. Nun soll eine entsprechende Software, gestützt auf die städtischen Richtlinien, evaluiert werden. Ausserdem ist die interne Schulung der betroffenen Mitarbeitenden einzuplanen.

Allgemeine Polizeiverordnung (APV)

Die totalrevidierte Allgemeine Polizeiverordnung der Stadt (APV) liegt beim Gemeinderat zur Debatte. Sofern die neue APV in Kraft gesetzt wird, werden die auf der APV basierenden kommunalen Erlasse (Vorschriften über die vorübergehende Benützung des öffentlichen Grundes zu Sonderzwecken [VBöGS], Vorschriften über die Benützung des öffentlichen Grundes zu politischen Zwecken [VBöGS], Vorschriften über das Sammeln von Geld und Naturalgaben) überarbeitet und dem Stadtrat vorgelegt.

Nachhaltigkeit und 2000-Watt-Gesellschaft

Der Delegierte auf Departementsstufe führt einen regelmässigen Erfahrungs- und Informationsaustausch mit den in den Dienstabteilungen verantwortlichen Personen durch und rapportiert regelmässig zu Händen der Geschäftsleitung des Polizeidepartements. In den ordentlichen Entscheidungsprozessen und Geschäftsabläufen etablieren sich die Themen Nachhaltigkeit und das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft als institutionalisierte Entscheidungskriterien.

Umbenennung Departement

Nach Inkrafttreten der Teilrevision der Gemeindeordnung ist die Umbenennung des Polizeidepartements in Sicherheitsdepartement rasch, einfach und kostengünstig umzusetzen.

5.3.3 Mitarbeitende

Nachfolge- und Nachwuchsplanung

Die Nachfolge- und Nachwuchs-Planungen auf der obersten Kaderstufe der Dienstabteilungen werden auf der Ebene des Departements koordiniert und konsolidiert.

Stabsarbeit

Die Ausbildung im Grundwissen der Stabsarbeit (Führungsrhythmus, Vorbereitung Entscheidungsfindung, Erstellen von Konzepten) der Mitglieder der Führungsstäbe für die Bewältigung von besonderen und ausserordentlichen Lagen wird fortgesetzt. Ein Schwerpunkt bilden die Ausbildung und das Training der Gesamteinsatzleiter und Stabschefs sowie des obersten Führungsorgans (Stadtrat).

Intranet

Der Bedarf und die Machbarkeit mit den vorhandenen Ressourcen für eine Intranet-Plattform auf Departementsstufe ist geklärt, die Bedürfnisanalyse und das Grobkonzept für das Intranet ist erstellt. Nun muss die Detailspezifikation erarbeitet, mit der Einführung und Schulung der Mitarbeitenden begonnen werden.

5.3.4 Finanzen

Weiterverrechnung

Die Verrechnung der ausserordentlichen Polizeieinsätze an die Verursachenden auf der Grundlage des Polizeigesetzes und der städtischen Verordnung zum Kostenersatz von polizeilichen Leistungen ist etabliert.

5.4 Jahresziele 2011 des Departementssekretariats

5.4.1 Bevölkerung/Kundschaft

«Langstrasse Plus»

Das Projekt Langstrasse Plus ist evaluiert und kommuniziert. Die Nachfolgeorganisation ist in Betrieb.

«Rotlicht»

Der Strichplan ist den aktuellen Gegebenheiten angepasst und die Quartierverträglichkeit der Strichzonen ist sichergestellt. Die Prostitutionsgewerbeverordnung kann ab 1. Januar 2012 in Kraft treten.

Stärkung der Departementsleitung

Der Stab leistet seinen Beitrag, um die Departementsleitung in der Führung der Dienstabteilungen effizient zu unterstützen. Er erarbeitet ein «Cockpit» mit wichtigen Führungskennzahlen für die Departementsleitung.

Neue Fachstelle «Sicherheitsakademie für Blaulichtorganisationen» im Ausbildungszentrum Rohwiesen

Im ehemaligen Zivilschutz-Zentrum «Rohwiesen» in Zürich-Opfikon finden je länger je mehr Ausbildungen der Berufs- und Milizfeuerwehr, des Rettungsdienstes und der Stadtpolizei statt. Künftig soll auch die praktische Ausbildung der gemeinsamen Polizeischule mit dem Kanton (vgl. vorne Ziff. 5.2.6) im Ausbildungszentrum Rohwiesen durchgeführt werden. Es gilt, adäquate organisatorische Strukturen für das Ausbildungszentrum zu finden. Im Vordergrund steht die Verselbständigung des Zentrums als eine direkt dem Polizeivorsteher unterstellte Fachstelle für eine «Sicherheitsakademie für Blaulichtorganisationen». Mit einer solchen Struktur wäre die optimale Ausgangslage geschaffen, um den geplanten umfassenden Um- und Neubau seitens der Benutzervertretung zu begleiten.

VRZ+

Das Vermittlungs- und Rückführungszentrum (VRZ, momentan in der Kaserne) und die Zentrale Ausnüchterungsstelle (ZAS, momentan im Amtshaus I) sollen an einem neuen, noch zu findenden Ort zusammengeführt werden, um Synergien, vor allem im Personellen, zu gewinnen.

5.4.2 Prozesse**Kanzlei**

Die Funktion der Kanzlei als zentrale Triagestelle innerhalb des Departementssekretariats soll gestärkt werden. Formelle Anfragen und Antworten der anderen Departemente, der Dienstabteilungen und der Bevölkerung sind konsequent über die Kanzlei laufen zu lassen, damit sie in der Geschäftskontrolle erfasst und die Fristen überwacht werden können. Der Umgang in der Kommunikation via E-Mail (Vernehmlassungen anderer Departemente, Zuschriften an die Departementsleitung usw.) darf den Geschäftsfluss und die Vollständigkeit der Akten nicht behindern. Es sind klare Abläufe und Schnittstellen zu definieren.

Records Life Cycle Management

Für den Lebenszyklus von Dokumenten ist das Grobkonzept erstellt, um ein Gesamtbild über die zu definierenden Module und Schnittstellen aufzuzeigen. Darin soll definiert werden, wie die verschiedenen Etappen für die Geschäftskontrolle, den Workflow, die Migration, die Archivierung und Archivbewirtschaftung sowie die Integration in SAP einzuteilen sind.

Optimierung der internen Abläufe

Die Administration ist wo immer möglich zu vereinfachen. Die Vorgaben des finanziellen internen Kontrollsystems werden erfüllt.

Zudem sind die Grundsätze der Nachhaltigkeit zu beachten. Es gilt, den Papierverbrauch zu senken, insbesondere mittels papiersparenden Druckformen oder durch häufigere Verwendung der elektronischen Wege wie beispielsweise bei Anmeldungen für Veranstaltungen.

«Actis»

Die ECM (Enterprise Content Management)-Gesamtlösung «Actis» für die Dokumentenbewirtschaftung sowie die Workflow- und Archivierungskomponenten wurde im Herbst 2010 eingeführt. Die Abläufe zwischen der Stadtkanzlei und dem Departementssekretariat im Zusammenhang mit dem Einreichen von Weisungen sind dem neuen System anzupassen und wo möglich zu optimieren.

5.4.3 Mitarbeitende

Stärkung der Eigenverantwortung

Fachkompetenzen und Eigenverantwortung der Mitarbeitenden des Departementssekretariats werden durch die stufengerechte Delegation von Aufgaben anerkannt und gestärkt. Das vorhandene Potenzial wird vermehrt ausgenützt.

Strategie Stadtpolizei



Strategie Stadtpolizei



6.1 Strategische Schwerpunkte der Stadtpolizei

6.1.1 Bevölkerung/Kundschaft

Bevölkerungsnähe

Die Stadtpolizei erreicht durch schlanke und effiziente Prozesse/Strukturen eine kurze Reaktions- und Interventionszeit und eine hohe sichtbare Präsenz. Dies führt zu einer grossen Kundennähe, zu einer guten objektiven Sicherheit und einem hohen Sicherheitsgefühl der Bevölkerung («Community Policing»). Soweit wie möglich werden dazu Fuss- und Velopatrouillen (Bike-Police) eingesetzt.

Kundenzufriedenheit

Die Kundenzufriedenheit wird durch die laufende Auswertung des Feedbackmanagements sowie durch aktives Einholen von Rückmeldungen erhoben und ausgewertet und die Ergebnisse werden einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess zugeführt.

Prävention

Der Präventionsarbeit wird ein hoher Stellenwert zugemessen. Die Erarbeitung von Konzepten und Massnahmen erfolgt durch Vernetzung innerhalb der Stadtpolizei und mit anderen Departementen. Die Stadtpolizei gewährleistet dabei die Koordination.

3D-Strategie

Die Arbeitsweise der Stadtpolizei ist im Rahmen der vorhandenen personellen Ressourcen so ausgerichtet, dass neben der Leistung von Interventionen der präventiv-repressive Charakter (insbesondere die sog. 3D-Strategie Dialog – Deeskalation – Durchgreifen) auch ausserhalb des unfriedlichen Ordnungsdienstes spürbar ist.

6.1.2 Prozesse

Raumstrategie

Es wird eine zukunftsgerichtete Strategie «Bauten» umgesetzt, die sich an der Stadtentwicklung und ihrer Auswirkungen auf die Polizeiarbeit zu orientieren hat. Die Baustrukturen sollen den Arbeitsabläufen und der Nachfrage angepasst werden. Leitsatz: So zentral wie möglich, so dezentral wie nötig (vgl. hinten Ziff. 6.2.2).

Neue Stadien

Die Bedürfnisse der polizeilichen Gefahrenabwehr sind bei der Planung, Erstellung und beim Betrieb des neuen Fussball-Stadions Hardturm sowie bei einem neuen Eishockey-Stadion berücksichtigt.

Ausrüstung und Administration

Die tägliche Arbeit wird den Mitarbeitenden durch eine moderne Ausrüstung und eine Straffung der administrativen Aufgaben erleichtert.

Forensisches Institut Zürich

Die Leistungen und Produkte des Forensischen Instituts Zürich verfügen über eine hohe Qualität. Diese ist bei der rechtlichen Verselbständigung aufrecht zu erhalten und auszubauen (vgl. vorne Ziff. 5.2.5).

Führung in besonderen und ausserordentlichen Lagen (FIBAL-Organisation)

Die definierten Prozesse werden weiter trainiert, konsolidiert und nötigenfalls justiert (vgl. vorne Ziff. 5.1.2).

Polizeipräsenz in der Nacht (Uniform und Detektive)

Die Voraussetzungen für eine verstärkte Polizeipräsenz in der Nacht (insbesondere an Wochenenden) werden geschaffen.

6.1.3 Mitarbeitende

Sozialverträglichkeit

Die Stadtpolizei optimiert ihre Kernprozesse, um die zur Verfügung stehenden knappen personellen Ressourcen optimal einzusetzen. Sie misst dabei der sozialen Verträglichkeit der Schichtdienst-Arbeitszeitmodelle einen hohen Stellenwert bei. Zusätzliche Ressourcen zur Bewältigung der steigenden Aufgaben (24-Stunden-Gesellschaft, Bevölkerungsentwicklung etc.) werden nach sorgfältiger Evaluation bei Bedarf beantragt.

Grundausbildung und Weiterbildung

Die Polizeigrundausbildung (Polizist 1) wird mit der Kantonspolizei gemeinsam betrieben (vgl. vorne Ziff. 5.2.6). Die übrige Ausbildung sowie die Weiterbildung sind im Ausbildungszentrum Rohwiesen (AZR) unter Nutzung der Synergien mit Schutz und Rettung definiert. Durch die laufend aktualisierte Aus- und Weiterbildung wird ein hoher Ausbildungsstand und damit eine hohe Arbeitsqualität und Professionalität erreicht.

Kommunikation

Die Transparenz in der Kommunikation im internen Bereich wird weiter entwickelt, um das Vertrauen der Mitarbeitenden zu erhalten und zu stärken.

Führungskultur

Die Grundsätze der Führungskultur werden gelebt und eingefordert. Dabei wird die Führungsarbeit der Kader aller Stufen verbessert.

Wertschätzung

Die Führungskräfte zeigen den Mitarbeitenden ihre Wertschätzung durch offene Kommunikation, Interesse an den Aufgabengebieten und Frontnähe.

Gesundheitsförderung und Case Management

Die betriebliche Gesundheitsförderung und das Case-Management haben einen hohen Stellenwert.

6.1.4 Finanzen

Cockpit

Die SAP-Software (in Verbindung mit allen übrigen Applikationen) ist auf die Bedürfnisse der Stadtpolizei zugeschnitten und definiert und unterstützt die Schaffung einer transparenten und nachvollziehbaren Budget- und Leistungsübersicht (Cockpitzahlen).

Synergien

Eine Zusammenarbeit mit andern Blaulichtorganisationen zur Auslastung von teuren Infrastrukturen ist zu fördern.

6.2 Strategische Projekte der Stadtpolizei

6.2.1 Entwicklungsgebiete: Auswirkungen auf die Polizeiarbeit (Zürich-Nord und Zürich-West)

Die mittel- und langfristige Entwicklung von Zürich-Nord und Zürich-West bezüglich Sicherheit und deren Folgen für die Stadtpolizei Zürich ist aufgezeigt. Gestützt darauf kann definiert werden, welche Leistungen in welcher Qualität zu erbringen sind.

6.2.2 Räumliche Masterplanung: Mittel- und langfristige Planung und Bereitstellung der baulichen Infrastruktur

In Abhängigkeit der zu erwartenden neuen Aufgaben und den dafür notwendigen personellen Ressourcen sowie in Zusammenarbeit mit dem Hochbaudepartement wird die mittel- und langfristige Planung für die Bereitstellung der baulichen Infrastruktur weiterentwickelt und umgesetzt.

6.2.3 Projekt «KALA»: Optimierung der Doktrinbausteine Stapo 200X in der Grundversorgung

Die nach der Umsetzung der Strategie Stapo 200X sowie deren 7 Doktrinbausteinen noch vorhandenen operativen und taktischen Lücken mit Fokus auf das strategische Geschäftsfeld Grundversorgung werden geschlossen. Es wird ein Prozessmanagement inkl. Prozesslandkarte eingeführt. Die Kernprozesse der Stadtpolizei Zürich (inkl. Schnittstellen zu Unterstützungs- und Führungsprozessen), namentlich die sicherheits- und kriminalpolizeilichen Aufgaben der Grundversorgung, werden optimiert.

6.3 Jahresziele 2011 der Stadtpolizei

6.3.1 Bevölkerung/Kundschaft

3D-Strategie

Die 3D-Strategie ist im Rahmen der vorhandenen personellen Ressourcen in Denken und Handeln verankert.

Multikulturelle Gesellschaft

Die Polizei ist auf den Umgang mit anderen Kulturen vorbereitet.

Projekt Zürich-Nord/West

Die Entwicklung von Zürich-Nord / West ist aufgezeigt.

Masterplan Velo

Die im Masterplan Velo erarbeiteten Ziele, insbesondere diejenigen, welche die Ausbildung in den Schulen und bei weiteren Bevölkerungskreisen betreffen, sind bei der Stadtpolizei mit hoher Priorität umgesetzt.

6.3.2 Prozesse

Projekt «KALA»

Die wichtigsten Abläufe und Prozesse sind optimiert und eingeführt. Die Methode des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses wird angewendet.

Reduktion Überzeit

Dank konsequenter Anwendung des Schichtdienst-Arbeitszeitmodells AZM-Flex Profi und E 3 sowie einer begründeten Sollstellenerhöhung wird die Effizienz und Effektivität der Frontarbeit weiter optimiert und die Überzeiten sind gegenüber dem Vorjahr reduziert.

Polizeipräsenz während der Nacht

Durch die Schaffung von weiteren sozialverträglichen Arbeitszeitmodellen sowie durch eine Sollstellenerhöhung ist die notwendige Polizeipräsenz nachts (insbesondere an den Wochenenden) gewährleistet.

IT-Strategie

Die neuen städtischen Standardarbeitsplätze sind eingeführt.

Polycom

Das Polycom Funknetz ist realisiert und in Betrieb.

OD Ausrüstung

Die Beschaffung und Umrüstung ist abgeschlossen.

Schweizerische StPO

Die Erfahrungen mit der CH-StPO werden laufend ausgewertet und die entsprechenden Prozesse und Strukturen werden angepasst.

Sicherheitskonzept

Ein Sicherheitskonzept für den Einsatz der Stadtpolizei entsprechend den sicherheitspolitischen Fragestellungen auf dem ganzen Stadtgebiet und den Berührungspunkten zu andern Dienstabteilungen und ausserstädtischen Diensten ist erarbeitet. Es beinhaltet die Antwort auf die in parlamentarischen Vorstössen geforderten Massnahmen. Das Sicherheitskonzept soll zur Aufrechterhaltung und wenn möglich zur Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum, insbesondere in den Ausgehzone der Stadt Zürich, beitragen.

6.3.3 Mitarbeitende

FIBAL-Organisation

Die Grundausbildung für die Chefs der Führungsgrundgebiete ist abgeschlossen. Die stadtpolizei-internen Abläufe sind durch Übungen überprüft.

Stadtpolizei Projektmanagement («StaPro»)

StaPro ist eingeführt und die Ausbildung ist erfolgt. Sämtliche Projekte sind erfasst und die Vorgehensweise ist einheitlich.

6.3.4 Finanzen

Controlling

Dank eines zweckmässigen Controllingsystems (beispielsweise Leistungserfassung sowie Zeit- und Einsatzmanagement) ist eine optimale Ressourcenallokation (Kosten-/Nutzenverhältnis) erreicht.

Balanced Scorecard

Durch die Anwendung der Balanced Scorecard (BSC) ist die Abhängigkeit zwischen den durch die Strategie definierten Leistungen und den erforderlichen Mitteln aufgezeigt.

Strategie Schutz & Rettung



7.1 Strategische Schwerpunkte von Schutz & Rettung

EFQM (European Foundation of Quality Management)

Zentraler strategischer Schwerpunkt von Schutz & Rettung (SRZ) bildet die ganzheitliche Überprüfung der Qualität der Organisation mit Hilfe des EFQM-Modells.

7.1.1 Bevölkerung/Kundschaft

Prävention

Durch gezielte Ausbildungsaktivitäten (interner und externer Partner und in den Schulen) sowie den in den gesetzlichen Grundlagen bestehenden Normen des Brandschutzes wird der Prävention umfassend Rechnung getragen.

Erweiterung des Dispositionsgebiets

Damit die bei den Einsatzleitzentralen anfallenden Kosten bei den bestehenden Kunden noch besser optimiert werden können, sind weitere Gebietsabdeckungen (Synergien) anzustreben.

7.1.2 Prozesse

Business Continuity

Mit der Einführung von ISO 9001:2008 wurden die Grundlagen für die betriebliche Konti-

nuität gelegt. Die mit Risiken behafteten Prozesse werden dabei laufend überwacht. Mit dem gesamtstädtischen Projekt «CHARM» (Chancen- und Risikomanagement) werden noch weitere Instrumente bereitgestellt, mit welchen die Risiken noch umfassender festhalten und erforderliche Massnahmen definiert werden können.

Informatik

Sicherstellung der Grundlagen für ein Unternehmenscontrolling mit Hilfe eines «Data-warehouse» sowie ein umfassendes und optimiertes System im Bereich des «Enterprise Resource Planning» (ERP).

7.1.3 Mitarbeitende

Ausbildung und Weiterbildung

Zur Umsetzung der Exzellenzanforderungen des EFQM-Modells im Bereich «Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter» ist die Aus- und Weiterbildung in Bezug auf

- die Vermittlung strategisch relevanter Kompetenzen,
- eine umfassende und nachhaltige Transfersicherung und
- ein effektives und effizientes Controlling zu gestalten.

Um diesbezüglich Weiterentwicklungen zu initiieren, werden bestehende Bildungsangebote gemäss den genannten Kriterien analysiert und inhaltlich wie strukturell überarbeitet bzw. neu konzipiert.

Wissensmanagement

Im Rahmen von EFQM und dem Prozessmanagement sollen das individuelle Wissen und die Fähigkeiten der Mitarbeitenden systematisch verankert werden. Damit soll im Hinblick auf die Planung von Ressourcen die Kontinuität nachhaltig gesteigert werden.

Arbeitssicherheit: Gewalt gegen Rettungskräfte

Die Entwicklung der Stadt Zürich als «Partystadt» mit grosser Sogwirkung und die steigende Bereitschaft der Besucher übermässig Alkohol und Drogen zu konsumieren hat auch dazu geführt, dass die Gewaltbereitschaft gegen Einsatzkräfte signifikant gestiegen ist. Dies führt dazu, dass die Arbeitslast der Betroffenen steigt und darüber hinaus sich die Sinnfrage stellt. Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, sollen Massnahmen zur Entlastung der Einsatzkräfte sowie Kampagnen gegen die Gewalt gegen Rettungskräfte getroffen werden.

Gesundheitsmanagement

Aufgrund der Erkenntnisse aus der städtischen Mitarbeiterbefragung zum Thema Arbeit und Gesundheit im Jahre 2008 und den in den letzten Jahren durchgeführten Auswertungen hinsichtlich krankheitsbedingten Arbeitsausfällen stellte sich heraus, dass die Themen «Work-Life-Balance», Arbeitslast und Arbeitsorganisation einer grösseren Aufmerksamkeit bedürfen. Aufgrund dieser Erkenntnisse ist in den kommenden Jahren zu prüfen, welche umsetzbaren Massnahmen optimale Verbesserungen erzielen. Im Fokus stehen dabei Teilzeitarbeit, Langfristplanungen, Optimierung der Prozesse und eine Überprüfung der Arbeiten mit möglicher Verzichtplanung. Neben einer Optimierung der Stellenwerte wären bei einer Verfügbarkeit der erforderlichen Mittel auch Stellenschaffungen denkbar.

7.1.4 Finanzen

Unternehmenscontrolling

Durch ein umfassendes Kosten- und Leistungscontrolling mit den erforderlichen Kennzahlen wird die betriebliche Steuerung sichergestellt. Basis dazu bildet das Cockpit auf Stufe Direktion.

7.2 Strategische Projekte von Schutz & Rettung

7.2.1 Data Warehouse

Die täglich anfallende Datenflut verunmöglicht die Qualitätssicherung der erfassten Daten. Daher soll durch die Konsolidierung der unterschiedlichen heterogenen Datenbestände ein konsistenter Datenbestand resultieren.

7.2.2 Transferorientiertes Bildungscontrolling

Durchführung des Projekts «Transferorientiertes Bildungscontrolling» (TraBiCo) zur Erarbeitung eines Transferfahrplans für die kompetenz-, transfer- und controllingorientierte Gestaltung der neuen Führungskräfteausbildung. Anhand des Fahrplans werden notwendige Weiterentwicklungen für die Führungskräfteausbildung aufgezeigt und umgesetzt. Der Transferfahrplan wird abschliessend verallgemeinert, um ihn langfristig und nachhaltig für alle Bildungsangebote von SRZ anwenden zu können.

7.2.3 Mobile Datenkommunikation und GIS

Die heute im Einsatz stehenden Systeme der Datenkommunikation haben das Ende des Lebenszyklus erreicht. Durch das laufend grösser werdende Verkehrsaufkommen in der Stadt und in der Agglomeration von Zürich und der Vergrösserung des Einsatzgebietes sind zur Einhaltung der Hilfsfristen entsprechende Einsatzinformationen in den Fahrzeugen von grosser Bedeutung. Die zur Verfügungstellung dieser Informationen entlastet auch die Disponenten der Einsatzleitzentralen, da sich damit viele Rückfragen erübrigen. Durch die immer besser und umfassender werdenden Informationen aus Geographischen Informationssystemen (GIS) sollen auch Planungen und Simulationen von Einsätzen verbessert werden.

7.2.4 Zusammenführung der beiden ELZ («ELZ-ZH 2011»)

Durch die Zusammenführung der beiden Zentralen (Nord und Süd) werden die Alarmierungsabläufe beschleunigt, Daten konsolidiert und der Aufwand für den Betrieb verringert (vgl. vorne Ziff. 5.2.8). Darüber hinaus sind bei diesem Vorhaben zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten die Dienstleistungen für Hilfesuchende möglichst an einem Ort anzusiedeln (StRB 2010/512).

7.2.5 Organisation Materialbewirtschaftungsprozesse (SAP-MM/PM/PS)

Mit Ziel 4 der IT Strategie der Stadt Zürich soll die bisherige veraltete SRZ-Lösung zur Materialbewirtschaftung abgelöst und die damit verbundenen Prozesse dem städtischen Standard angeglichen werden.

7.2.6 Standortstrategie

Im Rahmen der städtischen Standortstrategie gilt es, die für Kern- und Supportprozesse optimalen Voraussetzungen zur Auftragserfüllung zu schaffen. Dazu gehört auch ein Standort für eine «Umweltschutz- und Technikwache» mit Logistikzentrum. Die Konsequenz, welche sich aus der räumlichen Masterplanung aufgrund des Wachstums in gewissen Gebieten der Stadt Zürich ergibt, ist die Errichtung der Wachen Ost und West voranzutreiben.

7.3 Jahresziele 2011 von Schutz & Rettung

7.3.1 Bevölkerung/Kundschaft

Kooperationen

Im Hinblick auf die neue Ausrichtung der Sicherheitspolitik der Schweiz mit dem Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) wird den Städten im Rahmen des Bevölkerungsschutzes eine zentrale Rolle zugesprochen. Um den Anliegen der einzelnen SRZ Partner im Bevölkerungsschutz besser Rechnung zu tragen, wird die Gründung einer entsprechenden Dachorganisation im Jahre 2011 angestrebt. Damit sollen die Herausforderungen in den kommenden Jahren entsprechend umfassender gemeistert werden.

Kundennähe

Mit der kleinen Verwaltungsreorganisation (KLEVER) und der damit verbundenen Gründung der Dienstabteilung Schutz & Rettung Zürich im Jahre 2001, bietet sich die Gelegenheit anlässlich des 10jährigen Bestehens die Organisation mit entsprechenden Aktivitäten der Bevölkerung näher zu bringen.

7.3.2 Prozesse

ISO 9001:2008

Nach dem im Jahre 2010 durchgeführten Zwischenaudit und den durchgeführten internen Audits wird für 2011 die Rezertifizierung im Zentrum der Aktivitäten im Bereich des Qualitätsmanagement stehen.

EFQM

Auf Basis der ersten Selbstbewertung im Jahre 2009 und den Erkenntnissen aus dem Jahre 2010 werden Verbesserungsmassnahmen in sozialer, wirtschaftlicher, technologischer und ökologischer Hinsicht veranlasst. Die Prozesse werden mittels Kennzahlen (Wahrnehmungs- und Leistungsindikatoren) überprüft.

7.3.3 Mitarbeitende

Personalentwicklung

Neukonzeption der Führungskräfteausbildung unter Berücksichtigung des im Projekt «Transferorientiertes Bildungscontrolling» (TraBiCo) erarbeiteten Transferfahrplans und

der zugrunde liegenden Anforderungen. Verallgemeinerung des Transferfahrplans für die langfristige, nachhaltige und massnahmenübergreifende Anwendung bei SRZ.

Nachfolgeplanung

Um die betriebliche Kontinuität sicherzustellen, sind alle wichtigen Funktionen dahingehend aufzubauen, dass kurzfristige Ausfälle und Austritte ohne nennenswerte betriebliche Probleme kompensiert werden können.

Führung und «Leadership»

Weiterführung der bisherigen Aktivitäten aufgrund der SRZ-Mitarbeitendenbefragung 2009 im Hinblick auf die Umfrage 2011. Dabei werden unter der Leitung des oberen Kaders das Mittlere und die unteren Kader sowie die Mitarbeitenden am gemeinsamen Verständnis für anstehende Herausforderungen anhand des Leitbildes weiterarbeiten.

7.3.4 Finanzen

Inkasso

Der Aufwand für erfolgreiche Mahn- und Inkasso-Prozesse nimmt konstant zu, während die Zahlungsmoral sich im gleichen Masse verschlechtert. Insbesondere im Bereich der grossen Anzahl von Rettungsdienst-Einsätzen liegt hier ein Augenmerk. Es braucht neben optimierten und effizienten Prozessen (z. B. Einsatz von Kreditkarten-Inkasso) auch gut ausgebildetes Personal sowie unterstützende Systeme (SAP Inkasso-Tool), welche die Realisierung von Forderungen so effizient wie möglich machen. Hierauf, aber auch auf die Unterstützung aussagekräftiger Kennzahlen, wird das Hauptaugenmerk zu richten sein.



Strategie

Dienstabteilung Verkehr

Strategie

Dienstabteilung Verkehr



8.1 Strategische Schwerpunkte der Dienstabteilung Verkehr

8.1.1 Bevölkerung/Kundschaft

Bevölkerungsnähe

Mit einer transparenten Informationspolitik und der guten Vernetzung mit den Gewerbe- und Quartiervereinen werden alltagstaugliche Verkehrslösungen für alle Mobilitätsformen gefunden.

Sichere und zuverlässige Mobilität

Die Mobilität und die Verkehrssicherheit werden in enger Zusammenarbeit mit Partnern der Stadtverwaltung und den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Zürich laufend überprüft und optimiert.

E-Government

Die elektronische Bereitstellung von aktuellen Informationen, Bewilligungsverfahren und Produkten im Internet (Online Shop), runden die umfassende Dienstleistung ab.

Stadtgeschwindigkeiten

Der Siedlungsgebiete in der Stadt Zürich entwickeln sich von innen nach aussen und schliessen die Lücken zwischen den einzelnen Lebensräumen. Dadurch entwickelt sich in den kommenden Jahren die Abgrenzung zwischen Lebensraum und Strassenraum immer deutlicher. Die Geschwindigkeitsregimes sollen dieser Entwicklung angepasst werden und durch Klarheit in der Aufteilung helfen, die Lebensqualität und die Verkehrssicherheit zu erhalten und gezielt zu verbessern.

Null CO2-Mobilität

Die Dienstabteilung Verkehr (DA Verkehr) beobachtet die Entwicklungen im Bereich der emissionsarmen/-losen Mobilitätsformen und bezieht ihre Förderung in die Erfüllung ihrer Aufgaben ein.

8.1.2 Prozesse

Gewährleistung eines vorbildlichen und innovativen Verkehrsmanagements

Die DA Verkehr ist dafür besorgt, dass die Stadt Zürich auch künftig über ein vorbildliches Verkehrsmanagement verfügt. Das Fachwissen der Mitarbeitenden ist laufend zu verbessern und nutzbar zu machen. Die Projektleiter sind insbesondere im Bereich Konzeption zu schulen. Das heutige Verkehrsmanagement wird permanent verbessert. Flankierend dazu ist das moderne Verkehrsinformationssystem weiterzuentwickeln.

Mitarbeit bei Verkehrsprojekten

In allen Verkehrsprojekten werden die Anliegen des Verkehrsmanagements proaktiv eingebracht. In den Entscheidungsprozessen für Verkehrsprojekte wird die Position der Projektleiter der DA Verkehr gestärkt.

Verkehrsmanagement Schweiz (VM-CH) – Regionale Leitzentrale Verkehrsraum Zürich (RL-VRZ)

Im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) ist der Bund für das Verkehrsmanagement auf den Nationalstrassen zuständig. Die Stadt Zürich nimmt bei diesem Thema eine spezielle Stellung ein. Zum einen ist sie mit der angrenzenden Agglomeration durch Verkehrsmanagementpläne (VMP) für die Alltagsmobilität seit Jahren bestens vernetzt, und zum anderen berücksichtigen die VMPs die Priorisierung des öffentlichen Verkehrs und das Offenhalten der Interventions- und Rettungswege. Innerhalb der RL-VRZ erarbeitet die Stadt Zürich zusammen mit dem Kanton und der Stadt Winterthur Grundsätze für die Leitzentrale in der Region Zürich, die den Interessen der Stadt Zürich entsprechen. Die Schaffung der RL-VRZ wurde vom Bund genehmigt. Ab Mitte 2011 wird sie umgesetzt.

Weniger ist mehr - Strassensignalisation in der Stadt Zürich

In der Stadt Zürich stehen historisch gewachsen rund 60'000 Signaltafeln, die sich an die Verkehrsteilnehmenden richten. Die DA Verkehr ist im Hinblick auf die Verkehrssicherheit, weniger Regulierung und das Erscheinungsbild des Strassenraums bestrebt, die Signalisation und Wegweisung auf das notwendige Minimum zu beschränken.

8.1.3 Mitarbeitende

Das Wissen der Mitarbeitenden wird aktuell gehalten, um Veränderungen im Aufgabenbereich der DA Verkehr zu erfüllen.

Durch regelmässiges Überprüfen und Vereinfachen der Prozesse werden Personalressourcen für die Erledigung neuer Aufgaben generiert.

Mit der kontinuierlichen Entwicklung der technischen Hilfsmittel wird das wachsende Aufgabenvolumen erfüllt.

8.1.4 Finanzen

Die Planungsgrundlagen für den «Aufgaben- und Finanzplan (AFP)» sind optimiert und der Finanzplan und das Budget sind zeitlich und inhaltlich aufeinander abgestimmt.

Die Betriebsrechnungen «Parkgebühren» und «Blaue Zonen» werden auf einem ausgewogenen Stand gehalten, um die Finanzierung des Betriebs und den Ersatz der Infrastruktur langfristig sicherzustellen. Für die Gebühren der «Blauen Zonen» soll mittelfristig eine formell-gesetzliche Grundlage geschaffen werden, die es ermöglicht, über das Kostendeckungsprinzip hinausgehende Erträge zu erwirtschaften.

Die Serviceleistungen der DA Verkehr werden durch den Einsatz von E-Government-Lösungen ergänzt und auf neue und bestehende Kundenbedürfnisse angepasst.

8.2 Strategische Projekte der Dienstabteilung Verkehr

8.2.1 Innovationsmanagement

Das strategische Projekt Innovationsmanagement der DA Verkehr verankert und fördert die innovative Tätigkeit der Mitarbeitenden gemäss der Vision der DA Verkehr. Durch die Schaffung von Plattformen und die gezielte Förderung innovativer Projekte (vgl. z. B. nachfolgend Ziff. 8.2.2) ermöglicht das Projekt die Verankerung des Innovationsgedankens bei den Mitarbeitenden der DA Verkehr. Projektspezifische Zusammenarbeit mit Hochschulen und Industrie ist vorgesehen.

8.2.2 Modellierungs- und Simulationskompetenz

Als aktuelles Beispiel des Innovationsmanagements stärkt und sichert das Projekt Modellierungs- und Simulationskompetenz eine der Kernkompetenzen der DA Verkehr.

Insbesondere werden mittels Mikrobetrachtungen, welche alle Mobilitätsformen berücksichtigen, Reserven im Strassenraum erkannt und Konsequenzen von Verkehrsmassnahmen und -regimeänderungen optimal aufgezeigt.

8.2.3 Sensibilisierung der Verkehrsteilnehmenden

Der grösste Teil aller Unfälle ist auf Fehlverhalten von Verkehrsteilnehmenden zurückzuführen. Viele Konflikte entstehen durch mangelnde Aufmerksamkeit oder unzureichende Koordination bzw. Kooperation. Im Rahmen einer transparenten Informationspolitik sensibilisiert die DA Verkehr die Verkehrsteilnehmer durch gezielte Massnahmen für adäquate Verhaltensweisen in Bereichen mit nachgewiesenem Handlungsbedarf. Der Schwerpunkt der Sensibilisierung wird auf den Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer gelegt, ohne diesen ihre Eigenverantwortung abzunehmen (z. B. Verhalten des Veloverkehrs, Verhalten am Fussgängerstreifen). Die Sensibilisierung findet langfristig und damit nachhaltig sowie intern und extern breit abgestützt statt.

8.2.4 Verkehrstechnische Abstimmung Agglomeration und Stadt Zürich; Verkehrsmanagement im Verbund mit den Nachbargemeinden

Durch das Projekt «Verkehrstechnische Abstimmung Agglomeration Zürich» wird eine enge Zusammenarbeit mit den Agglomerationsgemeinden in verkehrstechnischer Hinsicht realisiert. Die thematische Führungsstellung innerhalb der Verwaltung ist gewährleistet.

8.2.5 Leitung der stadtinternen Expertengruppe Verkehrsmanagement

Die Verkehrsrechner bilden zusammen mit dem Verkehrsleitreechner das Herzstück des städtischen Verkehrssystems. Mit dem Zürcher Modell hat sich diese Rechnerarchitektur in der Verkehrswelt einen Namen gemacht. Relativ einfach aufgebaute, standardisierte Hardwarekomponenten machen das System sehr stabil. Zusammen mit der von der ETH Zürich entwickelten Programmiersprache «Modula» ist es den Mitarbeitenden der DA Verkehr somit möglich, verkehrstechnische Anforderungen schnell in entsprechende Steuerlogik umzusetzen. Die seit 1992 im Einsatz stehenden Verkehrsrechner müssen in den kommenden Jahren abgelöst werden. Anschliessend wird der Verkehrsleitreechner ersetzt werden müssen.

8.2.6 Reduktion der Strassensignalisation in der Stadt Zürich

Es sind die Grundsätze und Richtlinien für die Signalisation und Wegweisung auf den Strassen von Zürich erfasst und werden einheitlich umgesetzt. Bestehende Signalisationen werden fortlaufend überprüft (vor allem im Zusammenhang mit Bauprojekten). Zudem sind die Möglichkeiten aufgezeigt, die restlichen Stadtgebiete systematisch zu überarbeiten.

8.2.7 Generationenmanagement

Das Generationenmanagement ist eingeführt. Ältere und jüngere Mitarbeitende arbeiten erfolgreich zusammen, trotz unterschiedlicher Werte und Verhaltensweisen. Bei Neubestellungen von Stellen ist die Altersstruktur, die Verjüngung und der Erhalt des Wissens ein wichtiges Thema. Die Werte und Verhaltensweisen der verschiedenen Generationen ergänzen sich (ideal).

8.2.8 Strategie Stadtgeschwindigkeiten

Die Geschwindigkeitsregime in der Stadt Zürich sind den sich verändernden Anforderungen an den urbanen Raum anzupassen. Mit Versuchen ist die Machbarkeit mit weniger Geschwindigkeitsregimen aufzuzeigen und mit den Entwicklungen in den kommenden Jahren auf die ganze Stadt Zürich zu adaptieren.

8.3 Jahresziele 2011 der Dienstabteilung Verkehr

8.3.1 Bevölkerung/Kundschaft

Reduktion der Strassensignalisation in der Stadt Zürich

Das Projekt ist strukturiert und befindet sich in der Umsetzung. Die Grundsätze und Richtlinien der Signalisation und Wegweisung auf den Strassen von Zürich liegen vor. Sie werden von den Mitarbeitenden der DA Verkehr bei allen Projekten einheitlich angewendet.

Pilot Stadtgeschwindigkeiten

Die technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen und der Terminplan für die Reduktion der Geschwindigkeitsregimes in einem Testgebiet in der Stadt Zürich sind aufgezeigt und geplant.

Verkehrssicherheit

Die DA Verkehr hat Massnahmen zur Sensibilisierung der Verkehrsteilnehmer in einem ausgewiesenen Handlungsfeld der Verkehrssicherheit aufgrund der Ergebnisse der Verkehrsunfallstatistik 2010 durchgeführt. Dem Schutz von Kindern auf dem Schulweg wird dabei besondere Rechnung getragen.

Parkregime im Perimeter Zoo

Die Stadtratsweisung 968 (Parkgebühren im Gebiet Zoo) ist in der Spezialkommission Polizeidepartement/Verkehr des Gemeinderates durch die DA Verkehr vertreten. Das Argumentarium für die Behandlung der Vorlage im Gemeinderat sowie im Falle der Ergreifung des fakultativen Referendums ist erstellt.

Blaue Zone

Die Stadtratsweisung 967 (Blaue Zone, Erlass einer Parkkartenverordnung, Erlass einer Gebührenverordnung Parkkarten Blaue Zone) ist in der Spezialkommission Polizeidepartement/Verkehr des Gemeinderates durch die DA Verkehr vertreten. Das Argumentarium für die Behandlung der Vorlage im Gemeinderat sowie im Falle der Ergreifung des fakultativen Referendums ist erstellt.

8.3.2 Prozesse

Verkehrsmanagement/VLZ-CH

Die Anliegen des Verkehrsmanagements der Stadt Zürich sind in der Gesamtbetrachtung Verkehrsmanagement Schweiz berücksichtigt.

Bei der Errichtung der RL-VRZ in Zusammenarbeit mit dem Kanton, finden die Umsetzungsarbeiten gemäss Konzept statt und ermöglichen die Inbetriebnahme der RL-VRZ per 1. Juli 2011.

Tempo 30/Begegnungszonen/Quartierzentren

Eine Gesamtschau/Standortbestimmung zum Thema Tempo 30 in der Stadt Zürich (Stand Ende 2010) ist erarbeitet. Handlungsbedarf betreffend Erweiterung bestehender Zonen und/oder Einführung neuer Zonen ist aufgezeigt und erste Massnahmen zur Behebung von Mängeln sind eingeleitet bzw. umgesetzt. Ebenso findet die stadtweite Prüfung von potenziellen Begegnungszonen und Quartierzentren statt.

Verkehrsrechner Zürich

Die Funktionalitäten der neuen Verkehrsrechnergeneration sind beschrieben und die technische Machbarkeit ist geklärt. Der Kreditantrag und die Vergabe erfolgen im Jahre 2011 und richten sich nach den Vorschriften der Submissionsverordnung.

Bevorzugung Blaulichtfahrten

Die Einsatzfahrzeuge von Schutz & Rettung benutzen seit Jahren erfolgreich die Trassees von Tram und Bus. Die Einsatzzentrale kann zudem auf 12 fixen Routen die Fahrt beeinflussen. Die Bevorzugung der Blaulichtfahrten wird in die bestehende Steuerung der Lichtsignalanlagen wo sinnvoll eingearbeitet. Jede einzelne Notfallroute wird dabei überprüft und wenn nötig angepasst.

Verkehrsregime

Im Zusammenhang mit der Fertigstellung der Verkehrsprojekte «Flankierende Massnahmen Westumfahrung Zürich» und «Sanierung Hardbrücke» ist der veränderte Einfluss des Hochleistungsnetzes auf das städtische Strassennetz zu analysieren, sind Massnahmen für die Bewirtschaftung der kommunalen Strassen abzuleiten und zusammen mit dem Tiefbauamt zu initiieren.

8.3.3 Mitarbeitende

Generationenmanagement

Die Rahmenbedingungen für das Generationenmanagement sind erarbeitet.

8.3.4 Finanzen

Budgettreue

Die Budgetvorgaben 2011 in den Produktgruppen (DA Verkehr, Blaue Zonen, Parkgebühren) werden optimal bewirtschaftet, eingehalten und stufengerecht kommuniziert.

Strategie Stadtrichteramt



Strategie Stadtrichteramt



9.1 Strategische Schwerpunkte des Stadtrichteramts

9.1.1 Bevölkerung/Kundschaft

Kompetenzzentrum Übertretungsstrafrecht im urbanen Umfeld

Vertretung der Interessen und Bedürfnisse einer urbanen Bevölkerung sowie der speziellen Anliegen einer Grossstadt in Gesetzgebung und Rechtsprechung auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene. Weitere Konsolidierung des Stadtrichteramts als Kompetenzzentrum für Übertretungsstrafrecht und Übertretungsstrafrisprozessrecht mit mindestens kantonalen Bedeutung. Engagierte Mitarbeit bei entsprechenden Projekten.

9.1.2 Prozesse

Überprüfung Organisation und Abläufe Infrastruktur; elektronische Vernetzung mit behördlichen Partnerorganisationen und Verfahrensbeteiligten

Prioritäre Planung und schrittweiser Aufbau elektronischer Schnittstellen zu allen Partnern, denen im Übertretungsstrafverfahren eine Behördenfunktion zukommt. Dazu gehören vor allem die kantonalen Behörden (Gerichte, Staatsanwaltschaften, Statthalterämter, Kantonspolizei) und die Stadtpolizei mit dem Unfalltechnischen Dienst, der Zentralstelle für Verkehrs- und Ordnungsbussen sowie den Rapportverfügungsstellen. Dieser Prozess ist abhängig von einem Projekt des Kantons («Kantonale Performance»), das eine Plattform für alle kantonalen Strafverfolgungsbehörden bereitstellen soll.

Zudem sollen unter der neuen Schweizerischen Strafprozessordnung auch alle an einem Strafverfahren beteiligten Personen über eine vom Bund anerkannte Plattform rechtsgültig elektronische Eingaben an das Stadtrichteramt machen können.

Globale Verfolgung von Übertretungsdelikten

Bewältigung der durch die konsequente Verfolgung der im Ausland wohnhaften fehlbaren Verkehrsteilnehmenden durch die ZVO (Zentralstelle für Verkehrs- und Ordnungsbussen). Zusätzlich anfallende Fälle im eigenen Zuständigkeitsbereich sollen möglichst unter Verzicht auf Ressourcenerweiterungen verarbeitet werden.

Vollzug von Ordnungsbussen

Der konsequente Vollzug der Ordnungsbussen mit sämtlichen heute zur Verfügung stehenden strafrechtlichen Mitteln ist sowohl in general- als auch in spezialpräventiver Hinsicht von allergrösster Bedeutung. Damit kann das Stadtrichteramt im Rahmen seiner Kernaufgabe einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit vor allem im Strassenverkehr leisten. Der Bund macht mit der im Massnahmenpaket «Via Sicura» vorgeschlagenen Haftung der Fahrzeughalter für Ordnungsbussen einen Schritt in die richtige Richtung. Kontraproduktiv allerdings ist seine Absicht, auf den Vollzug von Ordnungsbussen mit den Mitteln des Strafrechts (Gemeinnützige Arbeit und Ersatzfreiheitsstrafe) überhaupt zu verzichten. Die Vollstreckungsmöglichkeiten bei Personen mit Wohnsitz im Ausland oder bei Mittellosen würden dadurch äusserst eingeschränkt, beziehungsweise wirtschaftlich aussichtslos. Das Bewusstsein für die Bedeutung des umfassenden Vollzugs von Ordnungsbussen als Mittel der Prävention und der Gewährleistung der Sicherheit im Strassenverkehr ist auf allen Ebenen zu stärken und zu verankern.

9.1.3 Mitarbeitende

Aus- und Weiterbildung

Die akademische und nichtakademische Aus- und Weiterbildung wird konsequent sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht gefördert.

Gesundheitsförderung und Case Management

Der betrieblichen Gesundheitsförderung und dem Case-Management wird im Rahmen der einschlägigen Vorgaben besondere Beachtung geschenkt.

9.1.4 Finanzen

Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip

Der stadtrichterliche Finanzumsatz ist weitgehend fremdbestimmt. Gerade deshalb ist unter Berücksichtigung auch der ortspolizeilichen Aufwendungen dem Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip besondere Beachtung zu schenken.

Das Stadtrichteramt unterstützt vorbehaltlos die Bestrebungen des Kantons, unter dem neuen Zürcher Gerichtsorganisationsgesetz eine Vereinheitlichung der von den Übertretungsstrafbehörden zu erhebenden Verfahrenskosten herbeizuführen.

Verlustscheinbewirtschaftung

Aufgrund der bisherigen sehr positiven Erfahrungen und namentlich zweier Wirtschaftlichkeitsanalysen mit Businessplan vom Mai 2009 beziehungsweise Mai 2010, die von zwei externen Gutachtern erstellt worden sind, geht das Stadtrichteramt davon aus, dass das Verlustscheininkasso weiterhin wirtschaftlich betrieben werden kann. Vor einem weiteren personellen und räumlichen Ausbau ist allerdings die Werthaltigkeit der von den Sozialen Diensten zu übernehmenden rund 17'000 Verlustscheine zu prüfen. Fällt diese Prüfung (erwartet) positiv aus, soll das Verlustscheininkasso ab dem Jahre 2012 während den folgenden drei bis vier Jahren um je 2 Stellen erweitert werden. Unter diesen Voraussetzungen sind bei gleich bleibenden Rahmenbedingungen konsolidierte Jahreseinnahmen von über CHF 3 Mio. zu erzielen.

Bussenkompetenz

Auch mit der Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung und den dazugehörigen kantonalen Umsetzungsbestimmungen konnte die Bussenkompetenz beibehalten werden.

9.2 Strategische Projekte des Stadtrichteramts

9.2.1 «Verlustscheinbewirtschaftung»

Die Evaluation der Wirtschaftlichkeit des Verlustscheininkassos durch zwei externe Gutachter hat im Mai 2009 beziehungsweise im Mai 2010 jeweils ein positives Ergebnis gezeigt, so dass die Experten unter Vorlage je eines Businessplans einen weiteren Ausbau des Verlustscheininkassos gemäss dem Konzept, das der Stadtrat im Jahre 2004 (Stadtratsbeschluss Nr. 952 vom 2. Juni 2004) grundsätzlich genehmigt hatte, empfehlen. Vor einem weiteren personellen und räumlichen Ausbau ist allerdings die Werthaltigkeit der

von den Sozialen Diensten zu übernehmenden rund 17'000 Verlustscheine zu prüfen. Fällt diese Prüfung (erwartet) positiv aus, soll das Verlustscheininkasso ab dem Jahre 2012 während der folgenden drei bis vier Jahre um je 2 Stellen erweitert werden. Für diese 6–8 Arbeitsplätze sind wünschbar am Sitz des Stadtrichteramts – möglicherweise aber auch durch Auslagerung des ganzen Verlustscheininkassos an einem anderen Standort – die räumlichen Voraussetzungen zu schaffen. Neu zu schaffende Projektorganisationen werden die Übernahme der Verlustscheine der Sozialen Dienste sowie die personelle und räumliche Erweiterung und die damit allenfalls verbundene Auslagerung des Verlustscheininkassos begleiten müssen.

9.3 Jahresziele 2011 des Stadtrichteramts

9.3.1 Bevölkerung/Kundschaft

Verlustscheinbewirtschaftung

Bis Ende 2011 liegen erste verlässliche Aussagen über die Werthaltigkeit der rund 17'000 Verlustscheine der Sozialen Dienste vor. Jene ist anhand einer zufällig ausgewählten Stichprobe von 100 Fällen, welche die Sozialen Dienste dem Verlustscheininkasso übergeben haben, zu ermitteln. Fällt diese Prüfung (erwartet) positiv aus, ist zusammen mit den Sozialen Diensten die Übernahme dieser Verlustscheine konzeptionell anzugehen. Die endgültige Übernahme ist allerdings abhängig von einem weiteren personellen und räumlichen Ausbau des Verlustscheininkassos.

9.3.2 Prozesse

Rückführung in eine REMO-Dienstabteilung

Unter Vorbehalt anders lautender Weisungen des Stadtrates wird die Rückführung des Stadtrichteramts von einem WOV¹⁴-Piloten in eine normale REMO¹⁵-Dienstabteilung vorbereitet und sichergestellt, so dass ab 1. Januar 2012 sowohl die Rechnungslegung als auch die Budgetierung nach REMO reibungslos funktioniert.

¹⁴ Wirkungsorientierte Verwaltungsführung

¹⁵ Rechnungsmodell

Verlustscheinbewirtschaftung

Die Reorganisation der Dokumentenvorlagen und der hinterlegten Prozesse wird weitergeführt.

Zudem ist die Verfügung des Finanzvorstandes Nr. 2015.10.04 betreffend Überwachung von Verlustscheinforderungen vom 29. Juni 2005 im Zusammenwirken mit der Finanzverwaltung in das revidierte und ergänzte Accounting Manual überführt.

Gesetzesnovellen

Weitere Konsolidierung der Änderungen im Zusammenhang mit der Einführung des Neuen Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuches und Vorbereitung auf die hier bereits anstehenden Änderungen bezüglich der Gemeinnützigen Arbeit und dem Umwandlungssatz für Ersatzfreiheitsstrafen.

Vorbereitung auf die Einführung und die Anwendung der neuen APV.

Herstellung von Rechtssicherheit und Förderung einer einheitlichen Praxis im Einflussbereich des Stadtrichteramts.

Einführung und Konsolidierung Schweizerische Strafprozessordnung

Einführung und Konsolidierung der Schweizerischen Strafprozessordnung sowie der neuen Zürcher Gerichtsorganisationsgesetzgebung per 1. Januar 2011 mit Optimierung der neuen Abläufe unter Einbezug der veränderten IT-Prozessmodelle und der angepassten Module.

Vertretung auch der urbanen Interessen in Gesetzgebung und Rechtsprechung auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene.

E-Government

Unter der neuen Schweizerischen Strafprozessordnung sollen auch alle an einem Strafverfahren beteiligten Personen und Behörden über eine vom Bund anerkannte Plattform rechtsgültig elektronische Eingaben an das Stadtrichteramt machen können. Einführung und Umsetzung der in der entsprechenden Verordnung des Bundesrates (VO über die elektronische Übermittlung im Rahmen von Zivil- und Strafprozessen sowie von Schuldbetreibungs- und Konkursverfahren, AS 2010 3105) geregelten Modalitäten für den elektronischen Verkehr.

Schnittstelle zum Unfalltechnischen Dienst (UTD) der Stadtpolizei

Weiterverfolgung des Projektes mit dem Ziel, Zugriff auf alle Fotos der UTD-Bilderdatenbank zu erlangen, die im Stadtrichteramt pendente Geschäfte betreffen. Einrichtung einer Möglichkeit, die gewünschten Bildausschnitte selbst zu wählen und vergrössert auszu-drucken oder entsprechend anliefern zu lassen. Dieser Prozess ist allerdings vital abhängig von einem Projekt des Kantons («Kantonale Performance»), das eine Plattform für alle kantonalen Strafverfolgungsbehörden bereitstellen soll.

IT

Vorantreiben des Ausbaus der Schnittstelle zum Kommissariat «Zentralstelle für Verkehrs- und Ordnungsbussen (ZVO)» der Stadtpolizei mit dem Ziel, auch Aktenergänzungen durch die ZVO (Anforderung von digitalen Fotos, Einholung von Nachtragsrapporten etc.) mit einem der Rückweisung ähnlichen Verfügungstyp und Verfahren papierlos darüber abwickeln zu können.

Schaffung einer System-Infrastruktur für den elektronischen Verkehr zwischen Behörden und Verfahrensbeteiligten und Sicherstellung des stabilen und reibungslosen Betriebs durch stetige Anwendung, Ausbildung und Elimination von Applikations- und Ausbildungsdefiziten in Zusammenarbeit mit Dritten.

9.3.3 Mitarbeitende

Konsolidierung

Alle technischen und rechtlichen Neuerungen und Veränderungen sind sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht etabliert und das Vertrauen in die Abläufe gefestigt, so dass die Regeln der Schweizerischen Strafprozessordnung sowie der übrigen damit zusammenhängenden eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung zuverlässig umgesetzt werden.

9.3.4 Finanzen

Verlustscheinbewirtschaftung

Der Fachbereich Verlustscheininkasso erzielt Jahreseinnahmen von mindestens CHF 2,8 Mio. bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen.

Stadt Zürich
Polizeidepartement

Amtshaus 1
Postfach
8021 Zürich

www.stadt-zuerich.ch/pd